

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Austr. Beilage „Voll u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf { 906 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
906 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 67

Freitag, 20. März 1925

32. Jahrgang

Die Kandidaten der Gegenrevolution.

Jarres — Ludendorff.

S. Lübeck, 20. März.

„Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“, also schloß Herr Jarres die erste der großen Bankettreden auf der großen von der Schwerindustrie bezahlten Reklametour durch Deutschland.

Oh, wie lieblich das klingt, sanft wie das Daunentüscheln in der guten Stube des Bürgers, auf das die Hausfrau fürsorglich „nur ein Viertelstündchen“ sticht und süß wie ein Courtship-Malercher Roman.

Und ebenso unecht, nein noch viel, viel falscher, so falsch wie sein Bekenntnis zur Verfassung, mit dem vielsagenden Zusatz, sie solle „organisch“ weiter gebildet werden.

Denn wenige Minuten vorher hatte er sich offen bekant zum „Kampf gegen den unheimlichen Geist der Novemberrevolution“. Geist der Novemberrevolution — das scheint das neue Schlagwort der Nationalisten zu sein; das Feldgeschrei gegen den „Marxismus“ zieht wohl nicht mehr recht, und bei dem richtigen Namen darf man das Ding doch nicht kennen, das man so leidenschaftlich haßt: den Geist der internationalen Arbeiterbewegung, die von Deutschland aus ihren Siegeszug antrat. In der Novemberrevolution drängte die deutsche Arbeiterbewegung zur Macht, stieß sie die deutschen Fürsten von den Thronen, die das Land hundertmal verraten und verkauft hatten, und die zuletzt durch ein Meer von Blut und Leiden das Reich ins tiefste Elend geführt hatten. Man weiß, daß Wilhelm auf die Kaiserkrone schon leicht verzichtete, aber König von Preußen wollte er bleiben. Das Volk machte einen Strich dadurch, und mit seiner Krone fielen auch die seiner süddeutschen Brüder, denen sie Napoleon 100 Jahre zuvor aufs Haupt gesetzt hatte. Das Volk selbst bestimmte die Einheit Deutschlands, aber es wollte dafür auch sein Schicksal selbst bestimmen. Der Arbeitermann streckte die Hand nach der Macht im Staate.

Das war der Geist der Novemberrevolution. Und gegen diesen Geist führt die Reaktion seit 7 Jahren den unerbittlich hasserfüllten Nachfeldzug. Erst laut, dann leise. Erst mit dem dröhnenden Kampfschrei ihrer Jugend, mit wildem Hahngesang, mit Handgranate und Maschinengewehr, dann leiser, immer leiser mit der langsam dahermahlenden „Dampfwalze“ der immer mehr anschwellenden Macht des Kapitals.

Das waren doch noch Gegner, denen man bei all dem verderblichen Wahnsinn ihres Treibens Schwung und Begeisterung nicht abprechen konnte, die haterkreuzbegeisterten Banden Hitlers und Ehrhardts. Sie träumten einen gefährlichen Traum, aber sie träumten ihn doch wenigstens ehrlich, den Traum vom neuen Volkshelden, von Raketenkrieg und Schmerzerklärung. Sie

ahnten nicht, die armen Toren, daß sie genasführt waren, armseelige Marionetten der großen Herren von Schlot und Scholle.

Und daß sie als tote Puppen liegen bleiben mußten, als die nackten Profitinteressen ihrer Drahtzieher andere Handlanger erheischten. Auch ihrer „Bewegung“ hat die Nachkriegsentwicklung des Kapitals den „tührend-sentimentalen Schleier“ vom Gesicht gerissen. In den großen Kassen des „Reichsbrotts“ sind all diese Puppen verpackt, die Wermüße und Wiltinger; jeht spielt man mit anderen Figuren, mit den leichter zu lenkenden und zuverlässigeren Abgeordneten der Deutschnationalen, der Volkspartei und der andern von der Schwerindustrie ausgehaltenen Fraktionen.

Und sie haben ihre Sache trefflich gemacht. Vom Kappputsch und Hitlerputsch ging ein zisches Geldse aus; aber herausgekommen ist dabei doch verdammt wenig für die Auftraggeber. Die stille, geräuschlose Arbeit der parlamentarischen Agenten, die merkt jeder Arbeiter im Betrieb, die wirkt sich aus, daß doch auch ein Profit dabei herankommt, durch Abbau der Renten, Verlängerung der Arbeitszeit, arbeitserfeindliche Schiedsprüche. Wirklich die Gelder haben sich rentiert!

Und nun soll Herr Jarres dem Werk die Krone aufsetzen, soll als höchster Beamter des Reiches das „neue System“ sanktionieren. Wie sagte er doch gleich in seiner großen Rede: „Nicht die Form des Staates ist entscheidend, sondern der Inhalt“. — Nun Herr Jarres wird schon für den richtigen Inhalt sorgen.

Aber da werden plötzlich die alten Puppen wieder lebendig. Nicht alle; die meisten liegen wohlverwahrt im großen Kasten, aber ein paar sind nun doch elektrisiert aufgesprungen und stören das ganze Spiel mit dem Kampfschrei: „Hoch Reichspräsident Ludendorff!“

Armer Held Ludendorff! Nun wirst Du wirklich auf dem amtlichen Stimmzettel prangen, nachdem drei Viertel Deiner Anhänger davon gelaufen sind, nachdem sogar die Gesamtleitung der deutschvölkischen Freiheitsbewegung sich für Jarres entschieden hat. Fast möchte man Mitleid mit Dir haben, vor 7 Jahren nach der mächtigste Mann in Deutschland, der unbeschränkte Herr von der Maas bis weit über die Memel hinaus, und heute — der Präsidialkandidat einer Hand voll unverbesserlicher Narren.

Aber er verdient kein Mitleid, Deutschlands schlimmster Verderber, der unermüdete Seher zu Krieg und Bürgerkrieg. Er verdient das Schicksal, das er sich jezt selbst bereitet — ein Ende in der Schande der Lächerlichkeit!

Neue Verschärfung der Preusentkse.

Marg gibt den Kampf auf.

Vom „Soz. Pressedienst“ wird uns geschrieben:

Der bisherige preussische Ministerpräsident Dr. Marg hat die vor wenigen Tagen auf ihn entfallene Wiederwahl nicht angenommen. Wir bedauern das außerordentlich, wir auch heute noch der Auffassung sind, daß sich die Geschäftsführung in Preußen mit einer Kandidatur für die Reichspräsidentenschaft sehr wohl vereinbaren hätte. Aber es ist jezt schließlich die Hauptsache, daß die bisherige Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten nicht auseinanderfällt, sondern den Kampf um die Grundlinien der bis jezt betriebenen Politik fortsetzen will. Das soll vorläufig nach Uebereinstimmung dieser drei Parteien durch ein Beamtenskabineit geschehen. Die Frage, wer dieses Kabinet führen soll, ist noch nicht geklärt.

Der Vorkandidatenschuß des Landtages wird am Freitagvormittag den Termin zur Neuwahl des Ministerpräsidenten bestimmen. Das Zentrum ist bestrebt, als Wahltag den 31. März festzusetzen. Es wird in dieser Hinsicht von Demokraten und Sozialdemokraten unterstützt.

Aus dem Aufklärungsausschuß.

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...

In der Donnerstag-Sitzung des Aufwertungsausschusses kamen die wachsenden Aufwertungsnotie der Regierung in aller Schärfe zum Ausdruck.

Beratungsgegenstand war die kleine Regierungsvorlage über die Anmeldeverfahren, die am 31. März ablaufen und bis zum 30. Juni verlängert werden sollen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Justizminister Dr. Frenken, daß die Reichsregierung in der Aufwertungsfrage „berücksichtigt“ entscheidende Beschlüsse gefaßt habe und die Vorlage eines Gesetzesentwurfes unmittelbar bevorstehe. Auf Grund der Erfahrungen, die man mit den bisherigen Regierungserklärungen gemacht hat, entstanden auf der Linken sofort starke Zweifel über die Aufrichtigkeit dieser Zusage. Dr. Dietrich-Baden (Dem.) und Dr. Herz (Soz.) brachten die Vorlage zum Ausdruck. Abg. Kell (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokratie diesen Regie-

rungerklärungen mit größtem Mißtrauen gegenüberstehe, weil nicht weniger als drei Zusagen in den letzten Wochen von der Regierung und den Regierungsparteien nicht gehalten worden seien. Es scheint so, als ob die Vorlage bis nach der Präsidentenwahl verschoben werden soll. Keil forderte von der Regierung wenigstens die Bekannngabe ihrer „entscheidenden Beschlüsse“. Staatssekretär Joel erklärte darauf, zu weiteren Erklärungen nicht ermächtigt zu sein.

Im Verlauf der weiteren Aussprache, die sich für die Regierung immer kritischer gestaltete, erklärte der Reichsjustizminister, die Regierung beabsichtigt, die Vorlage vor der Präsidentenwahl vorzulegen. Die Heiterkeit, die dieser Erklärung folgte, war ein Zeichen dafür, daß die Zweifel im Ausschuß damit nicht behoben waren. Staatssekretär Joel sah sich daher zu der weiteren Erklärung veranlaßt: „Die Vorlage wird im Laufe der nächsten Woche den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.“ Wahrscheinlich am Abend des 28. März — wurde aus der Mitte des Ausschusses hinzugefügt.

Bei der Einzelberatung des Gesetzesentwurfes über die Fristen wurde dann der Antrag Keil, die Fristen nicht bis 30. Juni, sondern nur bis 31. Mai zu verlängern, von den bürgerlichen Parteien unter Führung der Deutschnationalen abgelehnt. Von den Rechtsparteien wurde der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Lösung der Aufwertungsfrage bis zum 31. Mai noch nicht erfolgt sein könnte und daß unter neuer Beunruhigung der Gläubiger und Sparrer eine weitere Verlängerung der Fristen beschlossen werden müßte.

Angenommen wurde dagegen ein Antrag Keil folgenden Wortlauts: „Der Wiederherstellung eines gelöschten Rechts zum Zwecke der Aufwertung steht der öffentliche Glaube des Grundbuchs zum Zwecke der Aufwertung insoweit nicht entgegen, als ein nach der Lösung eingetragenes Recht nach dem 1. April 1925 begründet worden ist.“

Der Verlauf der Sitzung verstärkte den Eindruck, daß nicht nur die Regierung, sondern namentlich die Jarres-Parteien in geheimer Verlegenheit sind, weil sie sich nicht getrauen, die arbeitslosen Vorkläge, die die Regierung zu machen gedenkt, vor der Präsidentenwahl öffentlich bekanntzugeben. Die Unspartei, besonders die Sozialdemokraten, heßen aber keinen Zweifel darüber, daß sie bei der Verabschiedung des Fristengesetzes im Plenum entschlossen sind, der Rake die Schelle anzuhängen.

Die deutschen Bedenken gegen Artikel 16 der Völkerbunds-Satzung.

Von Dr. Hans Wehberg (Berlin).

Der Völkerbundsrat hat in seiner Note vom 14. März Deutschland bei allem Entgegenkommen in der Form eine ablehnende Antwort auf die Anfrage vom 12. Dezember erteilt, ob die deutsche Regierung bei ihrem Eintritt in den Völkerbund einen Vorbehalt betreffend die Teilnahme an Sanktionsmaßnahmen des Bundes machen könne. Der Rat hat klar zum Ausdruck gebracht, daß ein Vorbehalt dieser Art geeignet wäre, die Grundlagen des Völkerbundes zu zerstören. Man muß gestehen, daß dieser Standpunkt berechtigt erscheint, wenn sie ihre Bedenken betreffend Artikel 16 zurückgezogen hätten.

Um den deutschen Vorbehalt zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Artikel 16 der Völkerbundssatzung außerordentlich vorsichtig gefaßt ist und der Berücksichtigung der besonderen Lage der einzelnen Mitglieder einen großen, ja fast zu großen Spielraum läßt. Artikel 16 besagt nämlich folgendes: Wenn ein Mitglied des Bundes einen nach der Satzung verbotenen Krieg führt, so sollen alle anderen Völkerbundstaaten unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen mit ihm abbrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des rechtsbrüchigen Staates untersagen und alle finanziellen, Handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates abschneiden. Jedes Mitglied des Völkerbundes hat in solchem Falle selbst das Recht, zu prüfen, ob ein von der Satzung verbotener Krieg begonnen wurde. Ist es jedoch dieser Auffassung, so muß es den Wirtschaftshofkott gegen den Rechtsbrecher unmittelbar beginnen. Nur soweit der Rat ersahel, daß die Aufhebung der betreffenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen für bestimmte Mitglieder erforderlich ist, um das Ziel der Niederringung des Rechtsbrechers besser zu erreichen oder um die den betreffenden Mitgliedern aus solchen Maßnahmen erwachsenen Verluste und Nachteile aus das Mindestmaß zu beschränken, hat er das Recht, eine Aufhebung zu verfügen. Die letztere Sonderbestimmung beruht auf einer von der zweiten Bundesversammlung beschlossenen Satzungsänderung. Diese ist freilich noch nicht formell in Kraft getreten. Doch ist sie materiell nach Auffassung zahlreicher Mitglieder des Völkerbundes nur eine Ausführungsbestimmung zu Artikel 16, und es besteht jedenfalls kein Zweifel, daß sie in der Praxis jezt beachtet werden würde, wenn sie im Augenblick der Anwendung noch keine Rechtskraft erlangt hätte.

Stark zu betonen ist aber, daß die letztgenannte Bestimmung kein allgemeines System von Ausnahmen aufstellt, sondern lediglich eine Befreiung im einzelnen Falle beim Vorliegen besonderer Umstände ermöglichen will. Man hat z. B. an die schwierige geographische Lage der skandinavischen Staaten, der Tschechoslowakei, Oesterreichs und Ungarns gedacht, die bei einem allgemeinen Wirtschaftshofkott in eine sehr schwierige Lage kommen würden. Daß das Prinzip „Einer für alle und alle für einen“ grundsätzlich aufrecht erhalten ist, geht am besten daraus hervor, daß nicht einmal der Schweiz, die doch von den militärischen Sanktionen des Völkerbundes befreit ist, hinsichtlich des Wirtschaftshofkotts eine Ausnahme eingeräumt ist.

Besüglich der militärischen Maßnahmen bestehen unter den Völkerbundsmitgliedern Zweifel, ob hier überhaupt eine Rechtsspflicht zur Teilnahme besteht. Nach meiner Auffassung muß das Bestehen einer solchen Pflicht bejaht werden. Aber selbst unter dieser Voraussetzung läßt der Artikel 16 den Mitgliedern des Völkerbundes einen außerordentlich weiten Spielraum. Der Rat hat lediglich ein Gutachten darüber abzugeben, mit welchen Streitkräften sich jede einzelne Macht an einem Völkerbundskrieg beteiligen soll. Bei der gegenwärtigen Rechtslage hat es ein Ratsmitglied — und das wird ja Deutschland ohne Zweifel nach seinem Eintritt in den Bund bald sein — überzeit in der Hand, das Gutachten des Rates, das ja einstimmig gefaßt werden muß, maßgebend zu beeinflussen. Die letzte Entscheidung trifft übrigens jeder Staat selbst nach Maßgabe seiner Kräfte. Ist also ein Staat der Meinung, daß er seine Truppen zu Zwecken der Teilnahme an der militärischen Exekution nicht hergeben kann, ohne gleichzeitig die Sicherung seiner Grenzen zu gefährden, so ist der Völkerbundsrat nicht in der Lage, den betreffenden Staat zur Teilnahme an der Exekution zu zwingen. Deswegen ist ja gerade das Genfer Protokoll mit seiner automatischen Exekution ins Leben gerufen worden, weil man die Bestimmung des Artikels 16 der Satzung für allzu biegsam hielt.

Obgleich nun die Völkerbundssatzung die Sonderlage der einzelnen Mächte in außerordentlich weitem Maße berücksichtigt, hat die deutsche Regierung darüber hinaus für sich das Recht beansprucht, bei jedem Exekutionskrieg des Bundes bestimmen zu dürfen, ob sie aus ihrer Neutralität heraustreten will oder nicht. Das würde natürlich jede Rechtsföherheit, daß gegen einen überfallenden Staat auch wirklich die Nachmittel des Völkerbundes zur Anwendung gelangen, beseitigen. Aber auch für die deutsche Regierung selbst kann das unter Umständen bedenkliche Folgen haben. Denn während auf Grund der Satzung die Teilnahme an der Exekution gegen einen Rechtsbrecher eine unabweisliche Rechtspflicht ist und von dem Rechtsbrücher selbst nicht als feindselige Handlung gedeutet werden kann, würde bei Berücksicht-

Geveering über das Blutbad von Halle.

Die Besprechung im Preussischen Landtag.

ung des deutschen Vorkaufes jeder deutschen Teilnahme an einer Völkervereinigung, selbst wenn diese Teilnahme durch Drohungen erzwungen wäre, der Charakter der Feindseligkeit zukommen. Denn die deutsche Regierung hätte ja im Gegensatz zu den andern Staaten die rechtliche Möglichkeit gehabt, neutral zu bleiben.

Aber, so wird man einwenden, soll es Deutschland in Kauf nehmen z. B., bei einem Kriege Rußlands gegen die osteuropäischen Staaten zum Kriegshauptplatz zu werden? Darauf ist zu erwidern, daß ja die Möglichkeit, zum Kriegshauptplatz zu werden, auch für andere Mächte besteht, und daß andererseits Deutschland für die Gefahr, die es läuft, auch das Versprechen erlangt, bei Angriffen anderer Mächte auf die militärische Hilfe aller Mitglieder des Völkerverbundes rechnen zu können. Gewiß ist anzugeben, daß Deutschland zurzeit viel stärker entworfen ist als die andern Mächte. Aber daraus darf doch nur die Notwendigkeit gefolgert werden, daß Deutschland mit allen Kräften an einer europäischen Abrüstung mitarbeiten muß, damit auch die andern entworfen und die Gefahr eines Angriffskrieges vermindert wird.

Wir geben daher der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland seine Bedenken endgültig aufgibt und den vorbehaltlosen Eintritt in den Völkerverbund beantragt. Wenn Deutschland wirklich mit ganzem Herzen an den Ideen des Völkerverbundes mitarbeitet, wird der Bund so stark werden, daß das ganze Sanktionsrecht nur Präventivbedeutung erlangt und so gut wie niemals Wirklichkeit wird. Auf dieses Ziel muß eine von wirklichem Verstande erfüllte deutsche Regierung nach Kräften hinarbeiten. Sie muß keine Sonderrechte für sich beanspruchen wollen, sondern sich vorbehaltlos in die Reihe der Staaten stellen, die gewillt sind, mit allen ihren Kräften, nötigenfalls unter Einziehung ihrer Nachmittel, an der Unterdrückung eines Ueberfallkrieges mitzuwirken.

Steuerfragen im Reichstag.

Die Sozialdemokratie fordert sofortige Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages. — Die Regierung hat Zeit. — Der Angriff auf die Deutschen Werke.

Die Reichstags-Sitzung am Donnerstag beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des Gewerkschaftsausschusses über Aufhebung von Gerichten zur Zeugenerkennung von Angeordneten. Der Ausschuss beantragt und das Haus beschließt entsprechend, daß die Genehmigung zur Vernehmung von Angeordneten im allgemeinen nicht erteilt werden soll. Die Gerichte sollen Angeordnete möglichst an Sitzungstagen Tagen zum Zeugnis vorladen.

Dann folgte die zweite Beratung des Notetats. Die Sozialdemokratie wollte bei dieser Gelegenheit durch den Genossen Meier-Baden die Frage der Lohnsteuer auf und beantragte, rückwirkend vom 1. April 1925 den steuerfreien Lohnbetrag von 60 auf 100 Mark monatlich zu erhöhen. Genosse Meier legte in überzeugenden Worten und Ausführungen dar, daß durch die Lohnsteuer in ihrer jetzigen Höhe den Arbeitern auch die geringen Lohnzulagen weggenommen würden, die sie sich errungen haben. Reichsfinanzminister v. Schlieffen bezeichnete es als unmöglich, den sozialdemokratischen Antrag, der eine Dauerregelung fordere, in dem auf drei Monate berechneten Notetat zu erledigen. Er und der Zentrumsrat Rüdiger wünschten Ueberweisung des Antrages an den Steuerauschuß. Sowohl der Genosse Herz, wie der Genosse Keil sprachen für sofortige Erledigung. Wenn der Reichsfinanzminister sich auf die Finanzlage der Länder und Gemeinden bezieht, so werde man, wenn man dieses Argument als entscheidend betrachte, überhaupt niemals zu einer Reform der Lohnsteuer kommen. Entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung und der Haltung der bürgerlichen Parteien wurde unser Antrag dem Steuerauschuß überwiesen.

Eine längere, teilweise erregte Debatte entspann sich zwischen dem Zentrumsrat Rüdiger und unseren Genossen Dittmann und Hoch. Es lag eine gemeinsame Entschließung aller Parteien zur weiteren finanziellen Unterstützung der reichseigenen Deutschen Werke vor. Die Ausprache zeigte aber, daß die bürgerlichen Parteien nur mit halbem Herzen bei der Sache sind und jederzeit die Möglichkeit besteht, daß sie diesen reichseigenen Werken ihre Unterstützung entziehen. — Zur Wohnungsfrage lag ein Antrag des Wohnungsausschusses vor, der von der Reichsregierung eine Erhebung über den Umfang der Wohnungsnot forderte. Ferner lag von den bürgerlichen Parteien zahlreiche Anträge eingebracht, die mehr oder weniger laut auf einen beschleunigten Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und auf eine Erhöhung der Mietpreise hinausgingen. Die Sozialdemokratie hat ein umfassendes Wohnungsprogramm vorgelegt, das sich auf eine Wohnungsbau-Abgabe stützt, also die Steuerummen, die heute von den Mietern für allgemeine Staatszwecke aufgebracht werden, den Mietern durch erhöhten Wohnungsbau wieder zuführen will. Unsere Anträge wurden sämtlich und eingehend von dem Genossen Lipinski begründet. — Am Freitag wird die Ausprache fortgesetzt.

Ende des Eisenbahnerstreiks.

Der Schiedsspruch verbindlich erklärt.

Berlin, 19. März.

Nachdem auch die gestrige Verhandlung im Reichsarbeitsministerium zu keiner Verständigung geführt hatte, hat der Reichsarbeitsminister sich entschlossen, den Schiedsspruch vom 13. März von Amteswegen für verbindlich zu erklären und damit den Streit zu beenden. In der Entscheidung wird ausdrücklich betont, daß die im Schiedsspruch vorgesehene volle Wiedereinstellung der streikenden Arbeiter zwar eine schwere Belastung für die Reichsbahn bedeute, um so mehr als die Niederlegung der Arbeit vor Erledigung des Schlichtungsverfahrens besonders bei einem gemeinnützigen Betrieb, wie der Reichsbahngesellschaft, durchaus nicht zu billigen sei. Trotzdem empfiehlt es zugleich mit der sofortigen Regelung auch die äußeren Folgen der übereilt ergriffenen Kampfmaßnahmen verschwinden zu lassen und durch diese verhängenden Maßnahmen den Boden für ein weiteres friedliches Zusammenarbeiten zu bereiten. Für die Arbeiter bedeute die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung zwar keine volle Befriedigung ihrer Forderungen, im ganzen betrachtet aber doch eine wesentliche Verbesserung.

Aufruf der Eisenbahner-Genossenschaften.

Die am Reichslokalrat beteiligten Eisenbahnerorganisationen erlassen an ihre Mitglieder folgenden Aufruf:

Kollegen!

Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedsspruch wurde am 13. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hiermit zum

Im preussischen Landtag teilte am Donnerstag zu Beginn der Sitzung Präsident Barkel mit, daß Dr. Metz die Wahl zum Preussischen Ministerpräsidenten nicht annehme. Die Entgegennahme der Regierungserklärung wird daraufhin von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf folgte die gemeinsame Beratung der Großen Anfrage unserer Genossen und eines Antrages der Kommunisten über

die blutigen Zusammenstöße in Halle und in Berlin-Neukölln

zwischen den Kommunisten und der Polizei. Genosse Dr. Waentig-Halle schildert bei der Begründung der Großen Anfrage zunächst die Vorgänge in der Hallenser Kommunistenversammlung und erklärt dann zur Schuldfrage:

Das Verbot der Ausländerreden war ungefehlisch. Aber wäre es auch gefehlisch gewesen, so blieb das Verbot dennoch eine Unannehmlichkeit. In dem Augenblick, wo das Verbot erfolgt war, bestand für die Polizei die Pflicht, mit äußerster Vorsicht vorzugehen. Der zur Ueberwachung kommandierte Polizeioffizier genügt in der Bewachung von Halle einen sehr schlechten Ruf. Dieser Mann war nicht geeignet, gerade eine solche Versammlung zu überwachen. Der Polizeipräsident war an diesem Tage nicht in Halle. Er hätte da sein müssen, nachdem das Verbot der Ausländerreden ergangen war. Das Staatsministerium hat daraus die Konsequenzen gezogen und den Polizeipräsidenten abberufen. Eigenartig berührt es, daß die Polizei diesmal so sehr vorging, obwohl sie bei einer anderen ähnlichen gefährlichen Kundgebung und Ansammlung, z. B. beim „Deutschen Tag“ im vorigen Jahr, sich ganz anders verhalten hat. Damals ist sie nicht eingeschritten und hat auch nicht von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht. Es besteht

ein ungeheures Mißverhältnis zwischen der Ueberzeugung des Verbotens und dem Gebrauch der Feuerwaffe;

es gehört immerhin schon etwas dazu, in eine dichtgedrängte Volksmenge hineinzuschleichen. Auf der andern Seite darf man aber auch nicht vergessen, daß den Verantwortlichen der Versammlung die Durchführung des Verbotes bekanntgegeben worden war. Beispiellos ist

das Maß von Verantwortungslosigkeit bei den Verantwortlichen,

sich über das Verbot hinwegzusetzen und dabei so viel Menschenleben in Gefahr zu bringen. Auch muß noch festgestellt werden, ob der Rote Frontkämpfer-Bund tatsächlich, wie verlautet, die abströmende Menschenmenge zum Verbleiben aufgefordert und dazu förmlich gezwungen hat. — Verhältnismäßig wenig Schuld fällt auf die Versammlungsteilnehmer. Sie sind nicht über das Verbot unterrichtet worden. Bei der Erregung und Panik wurden Stühle, Biergläser usw. als Waffen benutzt, wodurch mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Auch sollen nicht alle Schußverletzungen von der Polizei stammen. Wir fordern vom Minister genaue Auskunft darüber, was das Staatsministerium tun will, um ähnliche traurige Ereignisse künftig nach Möglichkeit zu verhindern. (Beifall b. d. Soz.)

Von den Kommunisten spricht Frau Abg. Krüger-Halle. Ihr Urteil steht von vornherein ganz eindeutig fest. Alle Schuld trifft allein die Polizei. Sie erklärt, der die Versammlung auflösende Offizier habe in dem Riesenhauf, der 6-7000 Personen faße, von der Versammlungsleitung nicht verstanden werden können. Die Polizei habe die Notausgänge besetzt und geschlossen gehalten. Der als pathologisch bekannte Oberwachmeister Wille Schütz haben den ersten Schuß abgegeben. Auch nach der Panik, als die Menschen über das brechende Treppengeländer hinweg in die Tiefe stürzten, habe die Polizei noch mit dem Gummihüpfel auf die Leute eingeschlagen. Der Hauptschuldige an all diesen Dingen sei Geveering, der die Polizei zu Provokateuren gegen die Arbeiter erzogen habe.

Innenminister Geveering

nimmt hierauf sofort das Wort, um Licht und Schatten richtig zu verteilen. Ein endgültiges Urteil, erklärt der Minister, steht im Augenblick noch nicht fest. Trotzdem ist die parlamentarische Verhandlung gut, damit eine parteipolitische Ausschärfung der Vorgänge unterbunden wird. (Lärm bei den Komm.) Für die weitere Aufklärung wird die von mir sofort eingeleitete Ministerialkommission Sorge tragen. Am Sonntag morgen habe ich dem kommunistischen Erluchen um eine Untersuchung stattgegeben. Ich habe mich selbstverständlich bereit erklärt, nicht nur die Polizeibeamten, sondern auch die Versammlungsteilnehmer zu befragen. Am Schluß der Unterredung erklärte mir sogar der Sprecher der Kommunisten, Herr Abg. Menzel-Halle:

„Ich sehe ein, daß Sie als Minister nicht anders handeln können.“

(Leb's, Hör's, Hör's!) Die Kommunisten entrüsteten sich hier furchtbar über das Ausländerverbot. Ich verstehe sie nicht. Ich möchte von ihnen einmal erfahren, ob sie etwa deutsche Sozial-

Ausdruck, daß sie sich in Beachtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangseinkünfte fügen.

Die Organisationen fordern nunmehr die streikenden Eisenbahner auf, sich geschlossen und in würdiger Form zum Dienstanztritt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen.

Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das scheiterte an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schiedsspruch bringt nur einen Teilerfolg auf materiellem Gebiete, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht. Nicht geschlagen und entehrt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erheben Hauptes in die Betriebe zurückkehren, begleitet von der Sympathie aller rechtlich Denkenden. Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und rasten, der ehrlichen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Zähere Stärkung ist dazu Voraussetzung.

Deutscher Eisenbahner-Verband,
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner,
Allgemeiner Eisenbahner-Verband.

Beisehung der Opfer von Halle.

Konnte das nicht würdig verlaufen?

SPD. Halle, 19. März. (Eig. Draht.)

Die Stadt Halle fand am Donnerstag unter dem Einbruch der Beisehungsfürer für die Opfer der Volksparteiversammlung. Bereits am Vormittag versammelten sich im Volkspartei die Teilnehmer an der Trauerkundgebung. Die Särge wurden aus dem Pathologischen Institut, wo die Leichen abgelegt waren, nach

demokraten in Rußland rednerisch auftreten lassen würden. (Lärm bei den Komm.) Abg. Waentig hat gemeint, das Ausländerverbot sei ungefehlisch gewesen. So weit kann ich nicht gehen. Das Recht der freien Meinungsäußerung steht in Deutschland wohl den Deutschen, nicht aber ohne weiteres auch allen Ausländern zu. Soweit Gefahr besteht, daß Reden von Ausländern die öffentliche Ruhe stören, ist das Verbot nicht ungefehlisch. Natürlich habe ich niemals irgendein generelles Ausländerverbot erlassen. Die Fragen, die hier zur Erörterung stehen, sind lediglich solche polizeilicher Zweckmäßigkeit.

Die Haltung des Polizeipräsidenten habe ich nicht verstanden.

Man braucht die gewöhnlich sehr blutrünstig klingenden Ankündigungen der Kommunisten nicht immer allzu tragisch zu nehmen. Auch war in der Ankündigung nur von „ausländischen Genossen“ die Rede. Wie dem aber auch sein mag: wer ein solches Verbot, zumal in einer etwas kritischen Zeit, wo z. B. ein Eisenbahnstreik da ist, erläßt, der muß auch zur Stelle sein. Der Polizeipräsident, der auf einer Dienstreise in Berlin befindlich war, aber die Durchführung Organen überlassen, die die Auswirkung des Verbotes nicht übersehen haben. Man hätte sich von den Kommunisten entweder Sicherheiten geben lassen oder aber von vornherein die Versammlung verbieten müssen. Es galt, auf jeden Fall Blutvergießen zu verhindern.

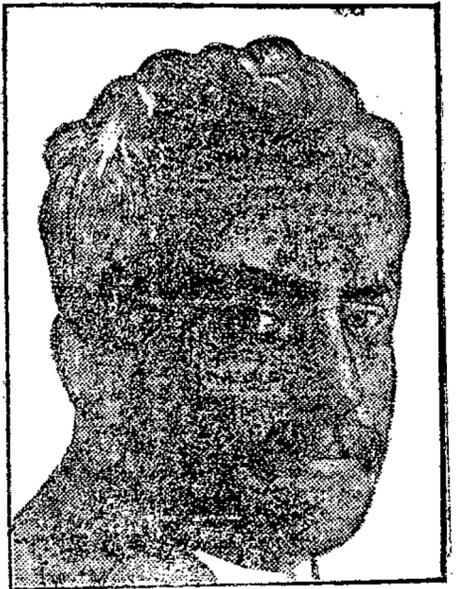
Auf der andern Seite ist das Verhalten der kommunistischen Versammlungsorganisator in keiner Weise einwandfrei. Der Versammlung ist von dem Verbot keine Mitteilung gemacht worden. Wie vorsichtig man die einseitigen kommunistischen Anordnungen aufnehmen muß, sieht man schon aus der einen Behauptung der Abg. Frau Krüger, wonach die Frau Kilian von der Polizei mißhandelt worden sei. Die protokolllarische Aussage der Frau Kilian erklärt, daß die Verletzungen von der Frau Kilian hinweggeführten Menge herrühren. Auch stimmt es nicht, daß die Polizei die Notausgänge gesperrt hatte; die Polizei hat vielmehr auf diese Ausgänge aufmerkzaam gemacht. Umgekehrt hat der Rote Frontkämpferbund die flüchtende Versammlung zum Weiben aufgefordert!

Alle Parteien dieses Hauses haben, wenn sie über den entsprechenden Tatbestand verfügen, das Recht, der Polizei Vorschläge zu machen — nur die Kommunisten nicht. (Lärm bei den Komm.) — Der Minister zeigt ein Buch mit rotem Einband und fragt die Kommunisten:

Rechnen Sie das? — Es handelt sich um ein „Memento zum Bürgerkrieg.“)

Mit dieser Propaganda des Bürgerkrieges laden die Kommunisten eine schwere Blutschuld auf sich. Ich habe in der Bekämpfung des Bürgerkrieges meine Schuldigkeit getan. Die Kommunisten sollten doch endlich auch einmal an ihre Verantwortung denken (Beifall.)

Beim Schluß der Rede des Ministers lehnten die Kommunisten in die ihn während seiner Ausführungen unaufhörlich mit allen möglichen Schimpfwörtern, wie „Knecht“, „Lump“, „Keil mit fetter Stirn“ usw. begeistert haben, mit ohrenbetäubenden, hitzigen Schreien und Schimpfwörtern ein. Nach einigen Ordnungsrufen legt sich der Tumult. — Das Haus vertagte sich dann auf Freitag 12 Uhr.



Geveering

dem Volkspartei gebracht und dort aufgebahrt. Die Ueberführung ging in Ordnung vor sich. Die offizielle Trauerfeier im Volkspartei begann kurz nach 1 Uhr. Den ersten Nachruf hielt ein Vertreter der kommunistischen Partei Abg. Kilian. Dann ordnete sich die Teilnehmer zum Zuge, der die Leichen auf den Friedhof führte. Nach einem Musikstück hielt dort der kommunistische Abg. Kilian die zweite Rede. Wenn man berücksichtigt, daß der weitaus größte Teil der Teilnehmer nicht Kommunisten waren, sondern Angehörige aller Arbeiterorganisationen, die aus Solidarität und Klassenbewußtsein den Verstorbene die letzte Ehre gaben, so muß festgestellt werden, daß Kilian sich in echt kommunistischer Gewissenhaftigkeit nicht nur eine grobe Taktlosigkeit, sondern einen Mißbrauch seiner Stellung hat aufschreiben können lassen. Er leistete sich u. a. unter dem Schutz seiner Immunität als Abgeordneter widerwärtige Angriffe gegen die schwarz-rot-goldenen Schützer der schwarz-rot-goldenen „Wörter-Republik“.

Kulturabbau in Thüringen.

Meimar, 19. März.

Die Regierungsparteien Thüringens haben am Donnerstag bei der Abstimmung über den Haushalt des Volksbildungsministeriums den völligen Abbau der Volkshochschule Meimar und der Volkswirtschaftlichen Schule in Jena vom 1. April ab beschlossen. Von den von der sozialistischen Regierung geschaffenen Volksbildungsinstituten bleibt lediglich das Volkshochschulheim Tinz erhalten, allerdings in beschränktem Umfang.

Wien, 19. März. (Eig. Draht.) Am Donnerstag nachmittag sollte Erich Mühsam in Wien eintreffen, um als Gast der „Neuen Hilfe“ am Sonnabend über „Klassenjustiz“ zu sprechen. In Passau wurde ihm jedoch mitgeteilt, daß das Bundeskanzleramt die Einreiseverweigerung inzwischen zurückgezogen hat. Diese Anordnung wird vom Bundeskanzleramt damit begründet, daß kürzlich auch Adolf Hitler und anderen Nationalsozialisten die Einreise nach Oesterreich verboten wurde.

Die Arbeiterschaft fordert!

Wohlfahrtsrecht — Arbeitslosenversicherung — 8-Stunden-Tag — Gerechte Steuern!

Die Bundesausschüsse des ADGB, des AFU, Bundes und des ADW, traten am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammen. Gen. Leipzig eröffnete die Sitzung und begrüßte die zahlreich erschienenen Regierungsvorsteher. Er erinnerte an die Freiheitskämpfer, die am 18. März von 77 Jahren für die deutsche Republik kämpften und starben. Dieser Kampf müßte heute mit neuer Kraft fortgeführt werden. Als erster Referent sprach Gen. Dr. Martin Wagner, der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, über die

Wohnungswirtschaft.

Seine Darlegungen fanden ihren zusammenfassenden Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Entschließung:

„Die am 18. März im Reichswirtschaftsrat versammelten Bundesausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wenden sich mit allem Nachdruck gegen die von den Regierungen des Reiches und der Länder getätigten Wünsche des privaten Hausbesitzes, der Boden speculation und des privaten Baugewerbes nach Aufhebung der gebundenen Wohnungswirtschaft. Nicht die Aufhebung der die minderbemittelten Volksschichten schützenden gesetzlichen Bestimmungen, sondern ihr planvoller Ausbau zu einem neuen Wohlfahrtsrecht muß das Ziel jeder das Volkwohl vertretenden Politik sein. Solange die Wohnungsnot besteht, ein friedensmäßiger Leerbestand von Wohnungen nicht vorhanden ist und zahllose Volksschichten in menschenunwürdigen Wohnungen leben, müssen die Bundesausschüsse der unterzeichneten Verbände verlangen, daß alle Kräfte der öffentlichen Organe darauf eingestellt werden, neue Wohnungen für die minderbemittelten Volksschichten zu schaffen, daß insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung überhöhter Baustoffpreise ergriffen und die aus der Wohnungswirtschaft selbst fließenden Steuerbeiträge nur einem sozialen Wohnungsbau im Sinne des § 155 der Reichsverfassung zugeführt werden.“

Ueber die

Steuervorlagen der Regierung

sprach Gen. Tarnow, Mitglied des ADGB. Er kritisierte die Finanzpläne der Reichsregierung, so z. B. die Absicht, die Vermögenswachstumssteuer außer Hebung zu setzen. Auf alle Fälle müsse die Offenlegung der Einkommensteuer gefordert werden. Die breiten Massen würden die Steuerpläne der Reichsregierung nicht geduldig hinnehmen, zumal im Hinterrunde bereits Mietssteigerung, Hochschulzulose und andere ähnliche schöne Dinge auftauchten.

Die Entschließung zur Steuerfrage lautet:

„Die Bundesausschüsse des ADGB, des AFU-Bundes und des ADW, nehmen mit Entrüstung von den Steuerplänen der Reichsregierung Kenntnis. Sie erkennen darin die offensichtliche Absicht, das Steuerrecht an arbeitenden Volks nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch zu vergrößern. Den weit über den Haushaltsplan hinausgehenden Riesensummen aus Lohnsteuer und Abgaben vom Massenverbrauch stehen nur verhältnismäßig geringe Steuereinnahmen aus dem Besitz und dem großen Einkommen gegenüber. Nichtsdestoweniger schlägt die Regierung eine Steuerreform vor, die den Besitz noch mehr entlastet, die Lohnsteuer mit unwesentlichen Veränderungen in bisheriger Höhe aufrecht erhalten und den Massenverbrauch noch schärfer belasten soll.“

Gegen diese Absichten legen die Bundesausschüsse im Namen der Millionen organisierter Lohn- und Gehaltsempfänger eine entschiedene Protest ein. Sie fordern eine grundsätzliche Aenderung des gesamten Steuerwesens, die dem Staat an den Erträgen der privaten Wirtschaft eine direkte Beteiligung gibt. Sie verlangen die immer noch ausstehende Begrenzung der Inflationsgewinne und eine Rückzahlung der aus öffentlichen Mitteln stammenden Kriegsgewinne. Die Erhebung dieser Beträge und die nach dem Stande der Steuereingänge mögliche und notwendige Herabsetzung der Gesamtsteuerlast gestatten es, die auf den unteren Volksschichten ruhenden Lasten zu verringern, ohne die Staatsfinanzen zu gefährden. Insbesondere fordern die Gewerkschaften die baldige Beseitigung der Umsatzsteuer. Für die Einkommensteuer verlangen sie eine merkliche Herabsetzung der steuerfreien Einkommensanteile und eine für die niedrigen Einkommen günstigere Staffelung des Tarifes.

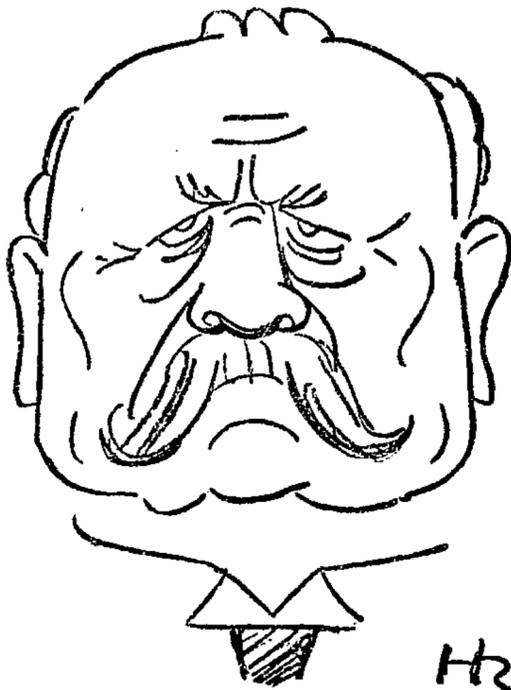
Das System der Lohnsteuer bedeutet die Festlegung eines einseitigen absoluten Zwanges zur Steuerzahlung für die Lohn- und Gehaltsempfänger, während die anderen und namentlich die größeren Einkommen sich der Kontrolle und Steuerzahlung in weitem Umfange entziehen. Die Regierung schlägt nun eine weitgehende Herabsetzung des Steuertarifes für die große

ren Einkommen vor, nicht aber auch schärfere Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehungen. Den Lohn- und Gehaltsempfängern kann aber nicht länger ein einseitiger Steuerzwang zugemutet werden, wenn nicht auch für die übrigen Einkommensteuerverpflichtigen eine schärfere Ueberwachung eingeführt wird. Zu diesem Zweck fordern die Gewerkschaften die gesetzliche Offenlegung der Einkommensteuerlisten.“

Ueber die Forderung der Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung

sprach Gen. Spliedt vom ADGB. Er lehnte das heutige System der Fürsorge als völlig ungenügend ab und forderte seine Ersetzung durch die Arbeitslosenversicherung. Die soziale Wertschätzung der Industrie, so betonte er, ist gegenüber 1914 tatsächlich nicht gestiegen. Soll die Sozialversicherung in Deutschland wegfallen, dann muß der deutsche Arbeiter den Lohn des amerikanischen Arbeiters bekommen. Eine wirksame Arbeitslosenversicherung ist nur durchführbar im Anschluß an einen zentralisierten Arbeitsnachweis. — Sauerhagen vom Landarbeiterverband wendet sich gegen die Absicht der Regierung, in die kommende Arbeitslosenversicherung die Landarbeiter nicht hineinzunehmen. — Silberhmidt bekämpfte das bisherige System der Entlohnung der Rossknechte, das auch nach dem Urteil der Regierung bankrott gemacht habe. — Die vorgelegte Entschließung lautet:

Reichsjustizminister Dr. Frenken.



Sehr verehrter Doktor Josef Frenken!

Uns verursacht ernsthafte Bedenken Die Gesundheit Frau Justizias. Denn sie hat Jodolprotektverkopfung (Ueberzeugen Sie sich durch Bekopfung), Und es fehlt ihr sonst auch dies und das.

Neulich erst in Magdeburg erkrankte Sie an einer bösen Sucht und wankte Nur noch als ein Jammerbild umher. Ganz verfehlt durch Reaktionsbazillen Ist sie, und durch schwarzweisse Brillen Schädigte sie ihre Schilddrüse.

Und dann dies Delirium — ich bitte Sie — Landsverräter steht auf Schritt und Tritt Sie. Wie ein andrer weisse Mäuse sieht. Abgestorben, scheint's, ist ihre Nase. Denn es laßt darauf die östliche Blase. Ohne daß sie eine Falte zieht.

Also, lieber Doktor Josef Frenken, Sagen Sie uns rund heraus: Wie denken Sie als Leibartz dieser hohen Frau? Glaubten Sie, daß noch ein Hoffnungsstrahl ist? Oder aber — exitus letalis? Uns bedünkt: die Sache steht sehr mau. O.K.

„Wirtschaftspolitische wie sozialpolitische Erwägungen verlangen dringend, daß Deutschland schnellstens durch eine Arbeitslosenversicherung die Voraussetzungen für einen genügenden Arbeitslohn schafft. Die auf Jahre hinaus unvermeidbar starken Schwankungen des deutschen Arbeitsmarktes machen eine systematische Beeinflussung durch zweckmäßig organisierte Arbeitsvermittlung und durch planmäßige Förderung von Arbeitsgelegenheit nötig. Den erwerbslosen Arbeitnehmern muß eine ausreichende Fürsorge zuteil werden, daß sie und ihre hilfsbedürftigen Angehörigen wirklich vor Not und Elend geschützt sind. Das Fehlen eines durchgreifenden Schutzes würde bedeuten, daß das kostbarste Gut der deutschen Wirtschaft, die Arbeitskraft, verwüßt würde.“

Kern der notwendigen vorbeugenden und fürsorglichen Maßnahmen muß die Arbeitslosenversicherung sein, die alle Aufgaben organisatorisch zusammenfaßt. Die jetzige Erwerbslosenfürsorge kann diese Aufgaben nicht erfüllen. Trotz Beitragsleistung ist sie an das Prinzip der Armenpflege gebunden, da nur der „bedürftige“ Erwerbslose unterstützt werden soll. Dieses Prinzip führt unvermeidbar zu Ungerechtigkeiten und ist mit der Beitragspflicht unvereinbar. Die Arbeitslosenversicherung muß einen Rechtsanspruch auf eine Unterstützung sichern, die die notwendige Lebenshaltung des Erwerbslosen deckt.

Um die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben erfüllen zu können, muß die Arbeitslosenversicherung organisatorisch einheitlich und in enger Verbindung mit den öffentlichen Arbeitsämtern durchgeführt werden. Verwaltung und Geschäftsführung müssen Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sein. Reichs-, Länder- und Kommunalbehörden sind auf entsprechende Aufsichtsbefugnisse zu beschränken.

Die durch die derzeitige Regelung der Erwerbslosenfürsorge geschaffenen Verhältnisse sind unerträglich, sie verlangen die schnelle Schaffung eines Versicherungsgegesetzes.

Gegenüber der irreführenden Behauptung, daß eine Versicherung höherer Kosten verursachen und die Soziallast der deutschen Wirtschaft unerträglich steigern werde, muß darauf verwiesen werden, daß nach den bisherigen Erfahrungen bei einheitlicher Verteilung der Kosten auf die Gesamtwirtschaft ohne Benozugung einzelner Gebiete und Berufe, die Versicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wesentlich geringer sein werden als sie früher veranschlagt und bis Ende 1924 von der Wirtschaft bereits getragen wurden.“

Als letzter Referent sprach Aufhäuser über

Washingtoner Abkommen und Achtfundentag. Aufhäuser hob hervor, daß gerade hierüber der neuen reaktionären Einstellung früherer Katheder-Sozialisten wie Herzner u. a. der soziale Charakter des Achtfundentages und ebenso seine volkswirtschaftliche Bedeutung hervorgehoben werden müsse. Nach einer scharfen Kritik der Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Ratifizierungsfrage wurde folgende Entschließung vorgelegt und einstimmig angenommen:

„Die am 18. März 1925 im Reichswirtschaftsministerium tagenden Bundesausschüsse halten es aus kulturellen, gesundheitlichen und nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen für dringend erforderlich, daß der durch die Verordnung vom 21. Dezember 1923 gefährdete achtstündige Normalarbeitstag wiederum gesetzlich gesichert wird. Die gemeinsame Tagung der gewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvertretungen verlangt daher von der Reichsregierung und dem Reichstag die beschleunigte Verabschiedung eines entsprechenden Arbeitszeitgesetzes in Verbindung mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.“

Die Gewerkschaften widersetzen sich der Absicht, mit Hilfe des Artikels 14 des Washingtoner Abkommens für Deutschland ein Ausnahmestimmrecht zu schaffen und dadurch das internationale Abkommen über den Achtfundentag für Deutschland illusorisch zu machen.

Eine weitere Verzögerung der gesetzlichen Arbeitszeitregelung wäre unerträglich und müßte die gemeinsame Aktion der vereinigten gewerkschaftlichen Organisationen zur unmittelbaren Folge haben.

An die angeschlossenen Zentralverbände, an die bezirkliche und örtliche Gliederung der drei Bünde ergeht die Aufforderung, sich auf die Durchführung eines Volksentscheides vorzubereiten, dessen Einleitung unverzüglich erfolgen wird, sofern die gesetzgebenden Körperschaften dem Verlangen der Gewerkschaften sachlich oder zeitlich nicht zu entsprechen bereit sein sollten.

Von allen Arbeitnehmern, Angestellten und Beamten wird erwartet, daß sie dazu beitragen, den Kampf um die Sicherung des Achtfundentages durch Opferfreudigkeit und gewerkschaftliche Solidarität bis zum vollen Erfolge zu führen.“

Nach einem kurzen Rückblick auf die Tagung und die Tragweite der Entschlüsse sprach Gen. Frenken vom ADGB, mit einem warmen Appell zur Stärkung der Reihen der drei großen Herresäulen der Arbeiterschaft: die Rundgebung.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

24. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

Zuweilen besuchte er Mine, denn wenn sie in den Keller kam, konnten sie doch nur Blide des Einverständnisses wechseln. Bei ihr fand er wenigstens Mitgefühl. In die Küche zu Hauptmanns durfte er nicht kommen, so schlich er denn in der Dämmerung die Hintertreppe hinauf wie ein Dieb und klopfte verstohlen an die Tür, auf der, über dem Haken zum Kleideraufstopfen, eine Visitenkarte angehängt war:

von Salbern
Hauptmann.

Dann kam Mine zu ihm heraus. Hinter der angelehnten Tür auf dem zugigen Treppenabhang flüsterten sie miteinander. Mit einem Ohr lauschte Mine immer in die Wohnung zurück; könnte drinnen eine Klingel, kürzte sie hastig hinein: „Arthur, wari! Ich komm gleich wieder!“

Und er blieb draußen stehen und wartete. Im Zugwind flatterte die im Hinterhaus nur spärlich brennende Gaslampe, deren Licht mehr verhüllte, als zeigte. Stolperte irgend ein unsicherer Tritt die Treppe herauf, so drückte er sich in eine Ecke; er wollte nicht gesehen sein, wie ein Bettler hinter der Küchentür stehend. Im stillen schimpfte er auf die Herrschaft, die Mine so lange zurückhielt.

Und wenn Mine wiederkam, schimpfte er auch laut auf die da drinnen, auf Vater, Mutter, auf die ganze Welt.

Sie hörte ihm zu mit einem bekümmerten Gesicht. „Ja, das ist nu mal so, da mußte der drein finden. De einen haben's besser, de andren schlechter; aber wenn mer's recht betrachht. Zukerlecken is's nitrgenswo. Zum Beispiel, meine Madam — das is auch schwer mit die Kinder, un' ausseh'n soll's immer nach was; Ende der Woch kriegt nur unfer Herr Fleisch.“

„Was geht mich deine Madam an?! Wägen sie essen, was sie wollen. Aber ich halt's nich mehr aus! Wenn das so weiter geht, ich halt's nich aus!“

„Ach, Arthur,“ sagte sie ganz traurig, nahm seine Hand und befehlte sie in der ihren, „sei doch nich so! Versuch's nur noch mal! Was willst denn machen? Es is doch nich so schlimm, un —“

Sie sprach nicht weiter, jemand kam die Treppe herauf. Wie ein erlapptes Liebespaar fuhren sie auseinander; sie schlüpfte in ihre Küche zurück, und er schlich leise die vielen Stufen hinunter.

Zu Hause mußte er kleiden an die Kiste; früher war Peters so galant gewesen, den Mädchen zu drucken, aber der war nun

nach Hauptmanns, in die Front zurückzukehren, und der neue Barock war, noch viel dämlicher“, wi. Frau Relche sagte. Korbe hochgepackt mit Wäsche, harrten; Arthur wurden die Arme lahm. Die Rolle quetschte und knarrte unangenehm. Mit leichter Kraft drehte Arthur, Schweiß perlte ihm herunter. Seine blauen Wangen röteten sich. Jede angelegte Bewegung schmerzte ihm die Haarlocken ins Gesicht; Frau Relches mütterliche Eitelkeit litt nicht, daß er sich die schneiden ließ.

Elfi stimmte an:

„Das ist der Arthur
Mit seiner Haartour,
Mit seiner Tolle,
Mit seiner Wolle“ —

Und der Chor der Mäde fiel jubelnd ein:

„Der schöne Mann,
„Der alles kann!“

Da packte ihn plötzlich eine wilde Lustigkeit, er ließ die Kurbel fahren, mitten hineinfeste er in den Knäuel der aufstreichenden Weiber. Zwischen den Körben hindurch jagte er sich; Vater Relche war auch mit vom Spaß, er verstellte den Fliehenden mit ausgebreiteten Armen den Weg, während Mutter Relche, ihrem Labentisch schmunzelnd auf ihren flotten Jungen sah. Das Gewölbe hallte wider von ausgelassenem Getöse, rot und erregt verließen die Mäde den Reichsfelchen Keller. Rot und erregt suchte Arthur sein Bett, das Blut floß ihm erregt durch die Adern. Am andern Morgen schmerzte sein Kopf, eine schwere Mattigkeit lähmte seine Glieder.

Gegen das Frühjahr wurde er krank. „Mutarmut“, sagte der Arzt und sprach von Nachwehen der Englischen Krankheit, die der Patient als Kind gehabt. „Gesunde nicht zu anstrengende Bewegung in frischer Luft!“

„Ja, wo sollte man die finden?“ Die Mutter weinte vor Besorgnis. Sie litt nicht mehr, daß ihr Arthur den Alten zur Halle begleitete. „Der hatte nu derwon“, schrie sie ihren Mann an. „In aller Herrgottsruhe — immer raus — der arme Junge! Davon hat er nu man bloß den Husten!“ Und sie packte ihren Arthur bis an die Nase ein, kostete ihm jeden Morgen Wechslung — die hatte sie dem „Herrn Doktor“ auch gekocht — und ließ ihn bis zehn, elf im Bett liegen.

Da lag nun Arthur und dehnte und reifte sich; an Schläfen war längst nicht mehr zu denken, das Gesicht war und Gebimmel des Adens ging seit Stunden. Wenn er endlich aufgestanden war, schlurte er in Pantoffeln, die Hände in den Hosentaschen, in die Stube, von da in den Laden und wieder zurück in die Stube, ging auch in die Küche, rümpfte die Nase über den Töpfen und warf sich dann zuletzt aufs Sofa. Er gähnte.

Oder er schürzte mit Elfi, amüsierte sich erst über ihr altes Gesicht, neckte sie dann, zwitzte sie, zapfte sie an den Haaren, bis ihr Lachen in Weinen überging und sie ihn ins Gesicht kratzte.

Der Tag war endlos, hieberten schlichen die Stunden. „Biel in frischer Luft sein“, hatte der Doktor verordnet — aber wozu? Arthur hatte nicht Lust, den Tiergarten abzulaufen und einzeln und allein zu beobachten, wie die Knospen schwellen und platzen, während drüben in den Zelten Militärmusik spielte und Bierkeibel klapperten. War das ein Vergnügen, im Viktoriapark über hunderte von Kinder zu stolpern? Oder in der Hohenheide und im Grunewald mit trockenem Mund an all den Biergärten vorüber zu laufen? Ohne Geld kein Vergnügen; und Geld hatte er keins, der Vater rüdt nichts heraus, und die paar Groschen, die ihm die Mutter manchmal aufsteckte, waren für gar nichts.

So blieb er lieber ganz in der Köbenstraße. Stundenlang lehnte er an der Wandlader, auf der obersten Stufe der Kellertreppe, und ließ sich von dem blassen Sonne beschneiden, das über die hohen Häuserfronte bis hier herunter drang. Nur das unverändert lustige Schirpen der Sperlinge, das Lärmen spielender Kinder und die grünrötlichen Rabarberblätter, die zum Verkauf auslagen, kändeten ihm den Frühling.

XI.

Ueberraschend schnell war es Sommer geworden. Auf dem Promenaden blühten die Linden und in den Bosketts der Schmuckplätze großblumiger Jasmin; harter süßlicher Duft zog mit im heißen Glanz der Sonne und durchschwangerte die ganze Atmosphäre der großen Stadt. Unablässig raselten die Sprengwagen, alle Fenster standen weit geöffnet, junge Mädchen in duftigen Kleidern machten die Straße hell und freundlich.

Bertha fühlte sich sehr wohl in ihrer Stellung Potsdamerstraße 72. Sie wußte die grädige Frau zu nehmen; durch eine zu rechter Zeit angebrachte Schmeichelei, die so sein mußte, daß man sie nur ahnte, war bei der alles zu erreichen. Bertha hatte viel freie Hand, noch viel freiere als bei Hauptmanns, denn die Herrschaften gingen viel in den Ausstellungspark, zum Rennen, und bestimmt zweimal in der Woche zum Konzert in den Zoologischen Garten. Gingen die Herrschaften aus, warum sollten die Diensthöfen zu Hause bleiben? Niemand kümmerte sich darum. Wenn sie nur ihre Arbeit machten; wenn nur Bertha ihre Dame nach Wunsch bediente, immer sauber, in hübscher Kleidung und mit lächelnder Miene.

(Fortsetzung folgt.)

Kredit

Palmsonntag u. Ostern
naht.

Das Geld ist knapp,
doch machen Sie sich keine Sorgen,
ich liefere Ihnen
bei $\frac{1}{4}$ Anzahlung

elegante Damen- und Herren-
Garderoben
Konfirmations-Kleider,
Mäntel und Anzüge

Meine kulantesten Zahlungsbedin-
gungen sind weit und
breit bekannt

Siegfried Ittmann
Breite Straße 33 I.

Billig! Billig!
Zum Ausfuchen
Sonntags in der Markthalle Stand 14 und 15

Prima Schweinefleisch . . . Pfd. 85⁴
Prima dicke fetten Speck . . . 85⁴
Prima hiesige Rindfleisch . . . 1.-
Schönes Kalbfleisch Bid. 40 u. 50⁴ (aus)

Wilh. Strohsfeldt

Gaschläuche (4245)
Fahrradschläuche
Fahrrad-Laufläden
Kindertwagenreifen
sowie alle andern

Gummiwaren
liefert gut und billigst stets

Wessel's
Gummi-Spezialgeschäft
Breite Straße 58a

Brauchen Sie
**Beitrags-
marken?**

Lieferung gut, schnell
und preiswert
durch

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Asthma

Anfälle, auch schwerster Art, werden
meistens sofort behoben im

Asthma-Ambulatorium,
Kirchenstraße 1a. 4281

**Arbeiter-
u. Berufskleidung**
Besonders günstig. Angebot!

Schlosser-Jacken od. -Hosen, gute Haus- tuchqualität	2 ⁹⁰
Herren-Hosen, habsche Streifen	2 ⁶⁵
Herren-Hosen, Buckskin, praktische Muster	3 ⁹⁵
Herren-Hosen, gestreifte Pilotstoffe, gute Verarbeitung	4 ⁹⁰
Herren-Hosen, kammgarntartige Stoffe, so- lida Streifen	5 ⁹⁰
Herren-Hosen, Manchester, floriest, ge- kämperte Ware	9 ⁷⁵
Staub- u. Lagermäntel, aus gutem Stouts versch. Fuimen	4 ⁹⁵
Mechaniker- u. Setzerkleidung, prakt. dunkle Stoffqualität	6 ⁹⁵
Motorfahrer-Überziehanzüge imprägn. g. Paßl.	14 ⁵⁰
Windjacken imprägniert, besond. haltbare Qualität	12 ⁷⁵

Hemden

Männer-Barchend-Hemden gute haltbare Qualität	2 ³⁵
Männer-Barchend-Hemden Ia. Qualität	3 ⁴⁵
Männer-Barchend-Hemden Ia. Körper	4 ⁷⁵

Socken

Männer-Socken reine Wolle 1 x 1 gestrickt	1 ⁸⁰
Männer-Socken Kamelhaar-Wolle plattiert	1 ⁹⁵
Männer-Socken reine Wolle 2 x 2 gestrickt	2 ²⁵

Mützen

Sportmützen steilig	1 ²⁵
Jachtklubmützen blau	2 ¹⁰
Fliegermützen gute Qualität	1 ⁹⁵

Schuhwaren

Arbeits-Stiefel schwarz Rindleder, breite bequeme Form, Absatzseisen	7 ⁹⁵
Arbeits-Stiefel naturfarbnes Rindleder, alles reine Leder- ausführung	11 ⁷⁵
Schaft-Stiefel schwarz Rindleder, gewalzt, nur Hinter- und Vorderteil	19 ⁷⁵

Karlsbad

**Zickel-
Felle
Schweins
Haare**

kauft höchstehend (aus)
J. L. Würzburg
Bahnhstr. 22a. 4283

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hützstr. 18

Pa. frisches Kalbfleisch Pfd. 40 Pfg.
Braten 50 Pfg., Keule Bid. 60 Pfg.
Pa. fettes Rindfleisch . Pfd. 65 Pfg.
Fr. Hack 60 Pfg., Gulasch Pfd. 70 Pfg.
Beefsteak und Rollfleisch Pfd. 1.- Mk.
Pa. fett. Schweinefleisch Pfd. 90 Pfg.
Napfsülze 60 Pfg., Nieren Bid. 50 Pfg.
Schweineohren 30 Pfg., Herzen 35 Pfg.
Gefochte, Preßtopf, Leberwurst, Blut-
wurst 1.- Mk., fr. Knackwurst 70 Pfg.
Geräucherte Mettwurst Pfd. 1.60 Mk.

Bahnhstraße 22
Tel. 2133 (4281)

O. Stöver,
Adresskarten
werden angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

**Biochemie
als Heilfaktor**

Von Dr. Ludwig Sternheim
Arzt in Hannover

Preis 50 Pf.

Badhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Zahnarzt Ernst Haus Nachl. Rich. Rylewsky
Sprechstunden von 9-12 und von 2-7 Uhr,
Sonntags von 9-12 Uhr
Mühlenstraße 1-3, L. am Klingenberg
Telephon 1708 (428)

Schon
86
in einer Nacht
getötet!

So wirkt
Rattitot'
das vorzügliche
Verdüngungsmittel

4248 von
**Ratten u.
Mäusen**
zu haben bei

Ferd. Kayser
Breite Str. 81

Waterküken
(Schwarzen Krausen)
billig 4268

50 Gramm 20 Pfg.
100 Gramm 40 Pfg.
frische Ware

Gustav Reincke
26 Fünfhausen 26

Schmerz lab nach
Resolose Nahrungsmittel u. Homöopath. Verhütung

Präparat Le No. DRG.M. 20356

Kein Messer + Kein Blut
Kein Schmerz + Kein Verband
Kein Pflaster + Kein Kleben
Kein Pinsel + Kein Stülpen
Kein Salbe
Viele Anerkennungen
Alleinverkauf bei:

Nur 60 Pfg.
St. Annen-Drogerie
nh. Walter Klages
Balauerlohr 17
F. 2774 (4802)

Tafel-Kümmel
Flasche 1.75

Bunteloh-Kümmel
Flasche 2.10

Krummehner-Kümmel
Flasche 2.30

Jam.-Hum-Verign.
Flasche 2.50 u. 3.-

Weinbrand-Verign.
Flasche 2.50 u. 3.-

Rotweine
Flasche 1.30 u. 1.90

Tarragona
Flasche 1.54

Apfelwein
Flasche 70⁴

Sämtliche Weine sind
inkl. Steuer und Glas

Eduard Speck
Hützstraße 80/86 4282

Zigarren
eigenes Fabrikat
nur gute Tabake

C. Wittfoot
Obere Hützstraße 18

ich zahle die aller-
höchsten Preise für

Felle
und (4285)

Haare

Josef Wagner Tel. 8414
ankwartsgr. 26 Holzstr. 8
Beste Absatzquelle für
Händler und Private

Freistaat Lübeck.

Freitag, 20. März.

Wandert, ihr Wolken . . .

Wandert, ihr Wolken, wandert
Ueber den schäumenden See;
Hab so gerne gewandert,
Gern gewandert von je!

Hab ja alles verwandert,
Glück verwandert und Weh.
Wandert, ihr Wolken, wandert
Ueber den schäumenden See.

Ferd. Avenarius.

Schmüde dein Helm!

Die Buchhandlung des Lübecker Volksboten hat eine Anzahl naturgetreuer Originalradierungen des verstorbenen Reichspräsidenten Genossen Fritz Ebert erworben. Die Bilder sind vorzüglich gelungen. Jede Radierung ist vom Künstler signiert. Der Preis beträgt 6 Mk. Außerdem sind Reproduktionen dieser Radierungen in Offsetdruck hergestellt, die nur 1,50 Mk. pro Stück kosten. Ohne dem Personenkult das Wort zu reden, wird gewiß mancher Genosse und Republikaner gern sein Heim mit dem Bildnis des ersten Reichspräsidenten schmücken. Denn Ebert war uns mehr!

Wartelgenossen!

Die Wahl des Reichspräsidenten steht vor der Tür. Wollen wir den Wahlkampf erfolgreich führen, müssen die erforderlichen Mittel beschafft werden. Unsere Beitragskassierer bieten von jetzt ab bis zur Wahl Wahlsondarmen an. Ferner werden wieder Sammelkassen in den Betrieben zurückerhalten. Die Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute des F. P. D. werden ersucht, Sammelkassen in Empfang zu nehmen. Geldpenden für die Wahl können im Sekretariat, Johannisstraße 48, I oder auf unser Bankkonto bei der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft, Mengstraße 24 und Hundestraße 51 eingezahlt werden. Wir ersuchen unsere Genossinnen und Genossen, den Vorstand in diesem Kampf zu unterstützen, damit wir den Sieg bei der Präsidentenwahl am 29. März erringen. Der Vorstand.

Schwerkriegsbeschädigte und Reichsbahn. Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben: Die für Schwerkriegsbeschädigte von der Tarifkommission der deutschen Reichsbahn angelegte gegenüber dem Verwaltungsrat befürworteten Maßnahmen zur Beseitigung der den Schwerkriegsbeschädigten bisher gewährten Fahrvergünstigungen bei der Reichsbahn werden mit dem 1. April d. J. nicht in Kraft gesetzt. Es verbleibt vielmehr bei den gegenwärtigen Bestimmungen. Danach werden Schwerkriegsbeschädigte auch weiterhin zu Fahrpreisen vierter Klasse in der dritten Klasse befördert, wenn sie im Besitz des von der Fürsorgestelle ausgestellten rot umranderten Schwerkriegsbeschädigten-Ausweises sind.

Die Heilsarmee läßt mitteilen, daß jetzt das Essen nicht mehr durch die Gulaschkanone auf den Straßen ausgegeben wird, sondern auf dem Grundstück Alshöhe 9.

Wie Auswanderungslustige von einem Schmiedler geprellt wurden. Als gemeiner Schmiedler zeigte sich der ausgiebige Kaufmann Hans Keffeld in Hamburg. In dortigen und auswärtigen Zeitungen erließ er Anzeigen, in denen er für eine Firma in Argentinien Arbeitskräfte suchte. Diesbezügliche Angebote nahm er unter einer Chiffre bei einer wohlbekannteren Annoncen-Expedition in Empfang. Selbstverständlich meldeten sich mehrere Tausende von Europäern. Schriftlich wurde diesen dann mitgeteilt, daß sie freie Reise nach Argentinien hätten und daß ihnen die zu der Reise nötige Ausrüstung ebenfalls geliefert würde. Das wesentlichste und wichtigste sei, zunächst ein Vernehmungsschreiben in deutscher und spanischer Sprache abzufassen und an die Firma Alexander Tilge, Hamburg, einzujeden. Die der spanischen Sprache nicht mächtigen, brauchten sich nicht zu ängstigen; er wolle die Uebersetzung gegen Vergütung von 3 Mark übernehmen. Hunderte schickten die verlangten 3 Mark ein. Seit jener Zeit hören sie nichts mehr von der Südamerika-Reise. R. geriet in Haft und unterschrieb die Vernehmungs-Protokolle mit dem Namen Tilge. Wegen Betrug, einfacher und intellektueller Urkundenfälschung sowie wegen Führung eines falschen Namens wurde R. zu 8 Monaten Gefängnis und 6 Tagen Haft verurteilt.

Von der Pfändung des Arbeitslohns.

Auf besonderen Wunsch bringen wir nochmals einen Artikel über die Pfändung des Arbeitslohnes, der bedeutend klarer gehalten ist als der kürzlich abgedruckte.

Bei den die Arbeiterschaft so schwer drückenden allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen — häufige Erwerbslosigkeit, Zunahme der Lebenshaltungskosten — und der hiermit verbundenen ständigen Gefahr, in geldliche Not und Bedrängnis zu kommen, erscheint es angebracht, die zur Zeit geltenden Bestimmungen über Beschlagnahme und Pfändung des Arbeitslohnes einer Erörterung zu unterziehen.

Mit der Verordnung vom 7. Januar 1924 über Lohn- und Gehaltspfändung wurde endlich mit der unglücklichen Bestimmung ein Ende gemacht, welche den pfändungsfreien Teil des Arbeitslohns nach einem Jahresbetrage festsetzte und so ständig in der praktischen und rechtlichen Handhabung zu soviel Deutungen und Unklarheiten führte. Es wurde in der genannten Verordnung vorgeschrieben, daß der Arbeitslohn bis zur Summe von dreißig Goldmark für die Woche und, soweit er diesen Betrag übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen ist.

Nach einer vorausgehenden Verordnung vom 23. Dezember 1921 erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrags wenn der Schuldner seinem Ehegatten, einem früheren Ehegatten, Verwandten oder unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, für jede Person, der Unterhalt zu gewähren, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrags. Hat hiernach der verheiratete Arbeiter mehr als einem Kinde neben der Ehefrau Unterhalt zu gewähren, so zählen die übrigen Kinder für die Höhe des pfändungsfreien Lohnanteiles nicht mehr mit, da ja ein Drittel des die dreißig Mark Wochenlohn übersteigenden Mehrbetrags schon vorweg für pfändungsfrei erklärt ist, und

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Vortrag bei den Betriebsräten.

In einer gut besuchten Versammlung der Betriebsräte sprach am Mittwochabend Genosse Schweifert-Hamburg im Gewerkschaftshause über das obige Thema. Er führte u. a. aus:

Wir haben hier zwei große Volks- und Kulturbewegungen vor uns, von denen jede eine andere Form aufweist und die sich doch in einem gemeinsamen Ziele zusammenfinden. Die Gewerkschaften bedeuten die Zusammenfassung der Arbeiter als Produzenten. Sie kämpfen für den Ausbau und die Sicherung der Arbeitsbedingungen. In Verbindung mit den Betriebsräten suchen sie bessere Arbeitsmethoden und den Schutz der Betriebsbeschäftigten. Sie wollen an der Gestaltung der Wirtschaftsorganisation mitwirken und hierin liegt ein höheres Ziel als das der bloßen Lohnerhöhungen, worin sich nach Ansicht mancher Gewerkschaftsmitglieder die Aufgaben der Gewerkschaften erschöpfen sollen. Zur Durchführung der großen Aufgaben der Gewerkschaften sind Klugheit und Energie, Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, Ausdauer und Disziplin nötig. Wir haben immer noch mit Mühe- und Fehlschlägen zu rechnen. Vieles ist bereits erreicht, die Erfolge sind beachtlich und doch ist die Macht des Kapitals nicht gebrochen. Ihre wirtschaftlichen Verbindungen sind gestärkt, ihre Finanzkraft ist gehoben und ihr Einfluß auf die Politik gestiegen. Wir aber haben trotz höherer Lohnbeträge eine verschlechterte Lebenslage. Wie kommt das? Bei gründlichem Nachdenken müssen wir erkennen, daß unser Leben von mehr Bedingungen abhängt als von Lohn- und Tarifraten. Zur Ueberwindung der privatwirtschaftlichen Unternehmungsformen reicht die Gewerkschaft als Organisation nicht aus. Die kapitalistische Wirtschaft besteht nicht allein in der Produktion, sondern auch in der Verteilung. Die Kapitalisten diktieren uns die Preise. Daher gilt es, auch den Verbrauch zu organisieren. Als unorganisierter Verbraucher führt der Arbeiter seinen Lohn an die Privatwirtschaft juristisch, nicht aber wirtschaftlich zur Fortsetzung ihrer Wirtschaftspolitik. Auf der einen Seite bauen die Arbeitsmänner an einem neuen Wirtschaftsgebäude, fügen mit Geduld Stein auf Stein und auf der anderen Seite reißen ihre Frauen die Fundamente täglich nieder, indem sie zum Krämer laufen. Das ist eine Vergewaltigung der Kräfte und solange dieser Zustand dauert, braucht der Privatwirtschaft um ihre Existenz nicht bange zu sein. Darum müssen unsere Kräfte sowohl in der Gewerkschaft wie in der Genossenschaft zusammengefaßt werden. Es heißt, die Wirtschaft nach den

eigenen Bedürfnissen unter Ausschaltung des Kapitalprofits zu ordnen. Die Konsumvereine haben 1924 bereits 45 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Sie sind die Bahnbrecher im Tarifwesen gewesen. Im Jahre 1925 waren ihnen 3 1/2 Millionen Familien angeschlossen und der erzielte Umsatz hat 400 Millionen betragen. Sie haben preisregulierend gewirkt und die Realität des Handels gehoben. Da wir 6 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter haben, so wollen wir fragen, warum so viele noch außerhalb der Konsumvereine bleiben. Hier hat die Aufklärung einzusetzen; das Verbraucherbewußtsein muß geweckt werden. Die Gewerkschaftsführer haben längst erkannt, daß sie damit die Arbeiterinteressen fördern. Unter den Konsumenten sind noch viele gedankenlos und begreifen nicht, daß sie den Konsumverein nicht immer nur nach der Billigkeit beurteilen dürfen. Der Konsumverein hat weit höhere Lasten als der Privathandel, der sich um soziale Einrichtungen nur wenig kümmert. Darum ist Einsicht und Vertiefenlernen auf allen Seiten notwendig. In der Genossenschaft liegt die Erziehung zum wirtschaftlichen Denken und zur Wirtschaftsführung, aus ihr gewinnen wir die Kräfte zur Umgestaltung der Wirtschaft. Freilich müssen wir dabei warten lernen und meist mit kleinen Erfolgen vorlieb nehmen. Vieles kommt auf die Frauen an. Auch die Genossenschaft ist eine geistige Bewegung und braucht Weiterbildung. Sie legt ein inniges freundschaftliches Zusammenwirken aller Beteiligten voraus. Nur so werden wir die Schwierigkeiten überwinden. Der Konsumverein kann heute noch keine Ausnahmestellung einnehmen, er muß noch viel stärker werden. Der Kern der Hausfrau bestimmt das Tempo aller genossenschaftlichen Entwicklung. Freiwillige Ein- und Unterordnung wird den Erfolg begünstigen. Die neue Wirtschaft, die eine Demokratisierung auch der Arbeitsmittel zum Gefolge haben wird, stellt an Ordnung und demokratische Disziplin die höchsten Anforderungen. Jede irgendwie sozialistisch geartete Wirtschaft kann nur ein Werk der Erziehung am Menschen sein.

Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. An der Aussprache beteiligte sich nur Kollege Dillrogge, der eine andere Stellung einzunehmen suchte, aber vom Referenten mit Leichtigkeit abgeführt wurde. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Kollegen Dreger konnte die Versammlung geschlossen werden.

Von 10—1 und 3—5 Einsicht der Stimmlisten im katholischen Gesellenhaus

je ein Sechstel für Frau und ein Kind das zweite Drittel ausmachen, über das hinaus Unpfändbarkeit nicht besteht.

Ein zahlenmäßiges Beispiel. Der Wochenlohn eines Arbeiters mit Frau und mehreren Kindern beträgt 36 Mk. Davon unterliegen der Beschlagnahme und Pfändung nicht 30 Mk. plus (1/2 von 6 Mk. gleich 4 Mk.) gleich 34 Mk. Der Gläubiger kann also bereits bei einem Wochenlohn von 36 Mk. zwei Mark mit Beschlag belegen, ganz gleich wie zahlreich die Kinderbesitzer des Arbeiters ist.

Ueberschreitet der Arbeitslohn die Summe von 100 Mk. die Woche — eine Annahme, die mehr auf dem Gebiete der Phantasie liegt — so erhöht sich der unpfändbare Teil des die Summe von 30 Mk. übersteigenden Mehrbetrags nicht mehr wegen des Unterhalts von Personen. Bei 102 Mk. Wochenlohn beispielsweise würden 30 Mk. plus (1/2 von 2 Mk. gleich 1 Mk.) gleich 31 Mk. der Pfändung nicht unterliegen, 48 Mk. aber pfändbar sein.

Grundsätzlich pfändungsfrei bleibt also jetzt nach der Verordnung vom 7. Januar 1924 nur ein Wochenlohn von 30 Mk., nach Jahresarbeitsverdienst umgerechnet ein Betrag von 1560 Mk. Bereits durch eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Mai 1915, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erfolgte, wurde aber die im Jahre 1896 auf 1500 Mark Jahresarbeitsverdienst festgesetzte Freigrenze auf 2000 Mk. erhöht, wobei schon damals grundsätzlich ein Wochenarbeitsverdienst von (2000 : 52) 38,50 Mk. der Beschlagnahme und Pfändung entzogen war, welcher Betrag dann nach den Kriegsjahren infolge der eintretenden Geldentwertung verschiedentlich rudweise erhöht werden mußte.

Wenn nun schon im Mai 1915 bei den für die Arbeiterschaft im Vergleich zu heute im ganzen wesentlich günstigeren Lebensbedingungen eine Heraushebung des pfändungsfreien Betrages des Arbeitslohns von jährlich 1500 Mk. auf 2000 Mk., d. h. auf wöchentlich 38,50 Mk. sich rechtfertigte, so ist ganz unverständlich, wie es heute nur ein Betrag von wöchentlich 30 Mk. Arbeitsverdienst dem Zugriff eines Gläubigers entzogen gelten soll. Eine Heraushebung dieser Freigrenze ist dringend zu fordern. Sie rechtfertigt sich auch schon aus der seit Januar 1924 eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Wohl zu beachten ist, daß nach den noch heute geltenden Bestimmungen des Lohnbeschlagnahmengesetzes vom Jahre 1896 mit den Abänderungen aus den Jahren 1897, 1898 eine Freigrenze für die Beschlagnahme und Pfändung überhaupt nicht besteht, wenn es sich um die „Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben (die derartigen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen)“ handelt, sofern diese Steuern mit Abgaben nicht länger als seit drei Monaten fällig gemorden sind. Auch besteht eine Freigrenze nicht, wenn es sich handelt um die Beitreibung „der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende letzte Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge.“

Bei Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder soll eine Beschlagnahme des Arbeitslohnes insoweit nicht erfolgen, als der Schuldner seiner zur Beitreibung seines notdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht bedarf.

Unbeschränkt frei für Beschlagnahme und Pfändung wird der Arbeitslohn, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt und nachdem der Tag, an welchem die Vergütung gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, ab-

gelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte sie eingefordert hat.

Dagegen ist, soweit eine Beschlagnahme und Pfändung unzulässig ist, auch jede Verfügung durch Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung.

Verboden ist nach § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine „Aufrechnung“ unpfändbarer Lohnanteile gegenüber etwaigen Forderungen des Arbeitgebers. Auch das „Zurückbehaltungsrecht“ nach § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist vom Reichsgericht gegenüber unpfändbaren Lohnforderungen für unzulässig erklärt, wenn die Zurückbehaltung, was regelmäßig der Fall sein wird, nur „Aufrechnung“ darstellt.

Der Stand der Erwerbstätigen.

Am 11. März belief sich die Zahl der Erwerbstätigen am Orte auf 2291.

Davon entfallen auf:

Landwirtschaft	46
Metallgewerbe	285
Holzgewerbe	22
Nahrungs- u. Genussmittelgewerbe	37
Wannengewerbe	112
Müller	52
Kaufleute u. Bureauangestellte	208
Ungelernte Arbeiter	1114
Jugendliche Arbeiter	71
Erwerbsbeschränkte	67
Verschiedene Berufe	120
Frauen und Mädchen	157

2291

Er will 12 Stunden arbeiten.

Ein völliger Idealmench.

Als die Wöllischen noch Kredit hatten und die Wochenschrift „Die deutsche Eiche“ herausgaben, wurde auch die Stellung der Wöllischen zum Achtstundentag klargestellt. Man kam zum Beschluß, den Achtstundentag als Norm anzunehmen, doch soll es keinem Arbeiter verwehrt werden, mit dem Unternehmer Abmachungen zu treffen, die Arbeitszeit nach Gutdünken zu verlängern. Nun hat sich solch ein Mustereemplar eingefunden. Er preist sich im General-Anzeiger wie folgt an:

Ja, tüchtig. Maschinenlos!
Sucht sich zu verändern, wo er
10—12 Stunden arbeiten kann.
Ja, Zeugnisse. Angeb. u. . . .

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Musterknabe Angebote zu Duzenden erhält. Die Unternehmer werden sich um den Mann reißen, damit sie ihn als Vorbild hinstellen können. Diese Art Menschen, denen jede gewerkschaftliche Solidarität abgeht, haben erfahrungsgemäß nur den einen Fehler, daß sie große Pfuscher sind. Durch Schmarozken beim Unternehmer suchen sie dieses Manko dann auszugleichen, bis auch sie eines schönen Tages den verdienten Fußtritt bekommen.

Der Schlichter Dr. Bink (Lübeck) ungeeignet.

Unter dieser Ueberschrift bringt „Der Pflug“, die Wochenschrift der medienburgischen Landarbeiter, einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Der Schlichter Dr. Bink (Lübeck) lehnt auch den Schiedsspruch für Fortarbeiter ab, weil — — — — —!

Ja weil — — — weil es sich zum großen Bedauern um eine treue, ruhige, sich mit dem Staat noch eng verbunden fühlende Arbeiterschaft handelt und nur das Gesetz, die dummen gesetzlichen Voraussetzungen, lassen es nicht zu, die Fortarbeiter trotz anerkannter Notlage, auch seitens des Schlichters, zu ihrem Recht kommen zu lassen. So recht's geschrieben in der „Lübeck-
Lübeck“

mungsbegründung des staatlichen Schlichters, Herrn Dr. Vint (Lübeck).

Nun müßt ihr's also, Forstarbeiter, warum euer larger Lohn nicht aufgebessert wird. Zum besseren Verständnis der Dinge sei gesagt, daß die Forstarbeiter im Oktober v. J. ganze 2 Pfennig Lohnerhöhung (32 Pfennig die Stunde) erhielten. Als ein weiteres starkes Anzeichen der Preisfall aller Bedarfsartikel einlegte und auch in den umliegenden Nachbarstaaten, Preußen, Stargard, Rügenberg, die Verhältnisse Rechnung getragen wurde, indem die Löhne, die an und für sich Mecklenburg-Schwerin weit voraus waren, um weitere 6 Pfennig aufgebessert wurden, war es nicht mehr zu verantworten, daß die Staatsforstarbeiter Mecklenburg-Schwerins schonpolitischer als auch den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber noch weiter in Rückstand kamen. Verhandlungen im Dezember verliefen ergebnislos, weil die Regierungsvertreter jegliches Entgegenkommen ablehnten, da nach ihrer Ansicht irgendwelche Anreize bei den Forstarbeitern nicht bestände, und — (weil nach unserer Ansicht der „Landbund“ die Hand im Spiel hatte, D. B.)

Es wurde dann die tarifliche Schlichtsstelle zur Entscheidung angewiesen, die dann auch wirklich entschied, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert seien und eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde durchaus am Platze wäre. Die Regierung lehnte den Spruch der Schlichtsstelle ab, da er für sie untragbar sei. Auch einen zweiten Entscheid lehnte sie ab.

Also blieb nur noch der letzte Weg, nämlich der, der Verbindlichkeitserklärung des Schlichters durch den Schlichter. Bei der mündlichen Verhandlung vor letzterem wies der Regierungsvertreter nach, daß sowohl der Vorschlag der Schlichtsstelle als auch der Schlichterspruch ein „Fehlbescheid“ waren, weil — ja weil — weil die Voraussetzungen des Artikels 4 des Tarifvertrages nicht gegeben seien, d. h., daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verändert seien.

Der Schlichter hat dann nur 3 Wochen gebraucht, um eine Form für die Ablehnung des Schlichterspruches zu finden und damit der Regierung die erforderliche Verbeugung zu machen. Die Regierung hatte dem Schlichter eine eisenlange Denkschrift eingereicht, um zu beweisen, daß die Forstarbeiter weit über den Friedenslohn hinaus verdienten und daß die derzeitige Forderung jeder Berechtigung entbehre. Aber dann kam der Clou des Ganzen. Nämlich ein Satz, aus dem klar und deutlich hervorging, worin der Grund der Ablehnung zu suchen sei und wer der eigentliche Treiber der ganzen Angelegenheit war. Man lese und laune: „Wenn nun für die landwirtschaftlichen Arbeiter, wie bekannt wurde, eine Erhöhung abgelehnt wurde (ebenfalls durch den Schlichter, D. B.), so muß das logischerweise auch für die Forstarbeiter geschehen. Es kann in der Zeit der jetzigen jäherigen Verlage der Landwirtschaft wie des Staates nicht an gehen, daß Lohnerhöhungen zwei so nahe verwandter Berufe nicht parallel gehen. Eine Lohnerhöhung in der Forstwirtschaft würde fraglos sofort den Anlaß zu neuen Forderungen in der Landwirtschaft geben.“

Das also war des Pudels Kern. Der Landbund und hatte der Regierung auf die Finger geklopft. Weil er, der Landbund, den Lohn der Landarbeiter unter allen Umständen niedrig halten wollte, deshalb durfte die Regierung den Forstarbeitern kein Entgegenkommen zeigen oder sie müßte eben keine „Landbunds-Regierung“ sein.

Das ist es auch, was wir dem Schlichter zum Vorwurf machen, daß er nicht erkannt hat, daß es sich hier ganz eindeutig um die Wahrnehmung von Vorteilen einer Interessengemeinschaft handelte, die in brutaler Form in vorbenanntem Schriftsatz zum Ausdruck kamen, und er dennoch, trotz eigenem Erkennen der Missetat der Forstarbeiter, die Verbindlichkeitserklärung des Schlichterspruches ablehnte. Wenn es sich jemals um gewinnbringende Interessen der Arbeitgeberseite handelte, wie es in der Schlichtungsverordnung betont wird, dann in diesem Fall und niemand wird es verfehlen, am allerwenigsten die „reue, ruhige, sich mit dem Staat nach eng verbunden führende Arbeiterschaft“, daß ein gelegentliches Eingreifen durch den Schlichter nicht möglich war.

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 48 I. Telefon 2443

Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen

Achtung! Schreibgewandte Genossen und Genossinnen! Wir beginnen am Sonnabend, dem 21. d., abends 5 Uhr, im Melbeamt (Wollmagazin).

Achtung, Ortsgruppenvorsitzende! Freitag abend ist das Agitationsmaterial für die Präsidentschaftswahl abzuholen. Das Secretariat, Johannisstraße 48 I.

4. Distrikt, Freitag, den 20. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung der tätigen Genossen bei Eggers, Stadtnstr. Erscheinen Pflicht. Redner: Gen. Weiß.

Moralische Debatten in Washington.

Ein amerikanischer Zirkel. Nicht nur Lübecker Hanseaten, auch die Vereinigten Staaten haben ihre Moralprediger. Da ist — wie der „Frankf. Ztg.“ berichtet wird — der hässliche Abgeordnete Frederick Dalinger aus Cambridge in Massachusetts, der kürzlich im Repräsentantenhaus eine Philippika vom Stapel gelassen hat gegen die Unästhetik der Theaterstücke, die man in der Bundeshauptstadt Washington aufführt. Er habe sich zwar nicht durch eigene Anschauung davon überzeugt — dazu ist ihm seine Jugend offenbar ebenso zu lieb wie dem deutschschwedischen Arzt Dr. Vint in Lübeck —, aber er wisse von zuverlässigen Gewährsmännern und Gewährsrauen, daß die Zustände zum Himmel schrien. Eine solche Zensur sei notwendig, sonst würde Washington bald mit Sodom und Gomorrah um die Palme der Unästhetik wetteifern können. Harmlose Gemüter freilich haben bisher freilich beim besten Willen keinen Anstoß in den hiesigen Schaulustigen zu nehmen vermocht. Offenbar ist der europäische Jugendmann nicht so feinerichtig wie die teufliche Epidermis der Reichsfahren der frommen Pilgerwäiter.

Zu gleicher Zeit gab es im Senat, wo man sich durchaus nicht immer nur mit abgrundtiefen Weltfragen befaßt, eine fröhliche Debatte über Sodom und Gomorrah. Die Bundeshauptstadt Washington bildet als „District of Columbia“ einen eigenen Bezirk, der unmittelbar der Verwaltung des Kongresses untersteht. Bei der Verhandlung über das Disziplinbudget hatte Senator Walsh von Montana vorgeschlagen, das Familienbad am Tidal Basin, einem toten Arm des Potomac, abzuschaffen. Senator Norris von Nebraska, ein Herr von 64 Jahren, opponierte heftig. Es sei eine Schande, der Jugend ihren gesunden Tummelplatz zu rauben. Die Senatoren sollten selbst im Sommer hinuntergehen und sich im Schatten der Bäume am Basin hinlegen. „Es würde euch Graußspitze“, rief er aus, „selbst wieder jung machen, das würdige junge Volk beim Wasserpielen zu sehen.“ Den glühendsten Demokraten Stanley von Kentucky, der einen Zwischenruf machen wollte, fuhr Norris an: „Ja genug, auch Ihrem Kahlkopf würde das gut tun.“ Als Stanley endlich zu Worte kam, meinte er unter dem braunen Gelschleier des ganzen Hauses, er habe den ehrenwerten Senator von Nebraska nur fragen wollen, ob er an Sodomitis aus einem Stück oder an die zweifelhafte, langgezogene Sodomitis denke, die durch Polizeiverordnung in einzelnen Redorten vorgeschrieben sind. Senator Hefling von Alabama, der Barde des Hauses, dessen Stimme bei seiner Debatte des Hauses fehlte, ließ einen hymnischen auf die Sodomiten zügel, meinte aber zum Schluß:

6. Distrikt, Freitag, den 20. d. abends 7 1/2 Uhr bei Sta. mer, Kronsförder Allee: Versammlung. Redner: Genosse Quickhardt.

9. Distrikt, Sonnabend, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr bei Storch, Friedenstr. Versammlung der tätigen Genossen. — Sonntag, morgens 8 1/2 Uhr im selben Lokal zur Flugblattverbreitung. Alles hat zu erscheinen.

10. Distrikt, Freitag, den 20. d. abends 7 1/2 Uhr im Bro. lingsstr. 14 und 15. Freitag, den 20. März, abends 6 1/2 Uhr: Material für die am Sonntag, dem 22. März stattfindende Landagitation in Empfang nehmen. Distriktsführer, Bezirksführer sowie die tätigen Genossen, auch die Arbeiterjugend, haben pünktlich zu erscheinen.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Am Freitag, dem 20. März, sind im Heim der Abt. Stadt folgende Sitzungen: 7 1/2 Uhr: Ortsvorstand. 8 Uhr: Festaussch. 8 1/2 Uhr: Erweiterter Ortsvorstand. Erscheinen aller ist notwendig!

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote“.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II. Geschlossen von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Lübeck, beteiligt sich am Sonntag, dem 22. März geschlossen an die republikanische Kundgebung, verbunden mit Fahnenweihe in Rügenburg. Die Abfahrtszeit wird noch bekanntgegeben. Der Vorstand.

Achtung, Spielbeutel! Heute, Freitag, den 20. März, 1925: Versammlung im Gewerkschaftshaus, U. a. Einteilung für Rügenburg. Ausgabe der Instrumente. Daniel.

Reichsbanner 8. Abteilung, Versammlung am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Westendorf, Fadenburger Allee. Keiner darf fehlen.

Travemünde! Freitag abend, 8 Uhr: Zusammenkunft der Kameraden im Restaurant, Torstraße. Kamerad Meyer, Lübeck erstattet den Bericht von Mandenburg. Kein Kamerad darf fehlen.

Selmsdorf. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ladet alle Republikaner von Selmsdorf und Umgegend zu einer öffentlichen Versammlung, die im Lokale von Wodrig, nachmittags 4 Uhr stattfindet ein. Nur Republikaner haben Zutritt.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder! Am 20. d. M., abends 8 Uhr spricht im Gewerkschaftshaus Dr. med. König im Auftrage der Arbeiter-Samariter-Kolonie über Krankheit (Engh. Krankheit). Wir bitten alle interessierten Mitglieder an diesem Vortrag teilzunehmen. Der Vorstand des A. D. G. B.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Zeitschrift die Arbeit Nr. 3 ist sofort von den Bestellern abzuholen.

Hinweise auf Veramaltungen, Theater usw.

Stadtheater. Heute, Freitag, „Sulannens Geheimnis“ und die Balletkomödie „Der Schleier der Pierrette“. Sonntag nachmittags findet eine Aufführung von „Mina von Barnhelm“ statt. Am gleichen Abend wird Zellers Operette „Der Vogelhändler“ gegeben. „Don Juan“ kommt Mittwoch, den 25. d. Mts., heraus. Das Schauspiel wird in absehbarer Zeit Goethes „Egmont“ und Gerhart Hauptmanns „Gabriel Schillings Flucht“ auführen.

Angrenzende Gebiete.

Lauenburg.

Mitn. Kreisverband Lauenburgischer Landgemeinden. Der Geschäftsführer des Verbandes, Landrat A. D. Dr. Gerke-Berlin wird am 27. März in Mülln über die kommunalen Steuerfragen auf Grund der Beratungen im Reichstagssteuerausschuß berichten. Da fast alle Gemeinden und Gutsbezirke des Kreises dem Verband angeschlossen sind, wird es sich um eine bedeutungsvolle Kundgebung zu den wichtigen gegenwärtigen Fragen der Kommunalpolitik handeln. Die Tagung findet im „Deutschen Haus“ in Mülln statt und beginnt vormittags 9 Uhr.

Wenn der Badestrand beibehalten wird, dann werden wir, fürchte ich, auch Maßnahmen treffen müssen, um im Sommer den Senat in beschlagfähiger Stärke zusammenzuhalten. Es läßt sich doch schwerlich vor jeder Abstimmung ein Bote hinunter an den Strand schicken, um all die Senatoren zu holen, die dort unten sitzen und sich die Augen aus dem Kopfe lugen.“ Aus diesem Grunde und weil außerdem noch hygienische Bedenken vorliegen, wurde die Abschaffung der Badeanstalt beschlossen. — Da sind wir Wilden doch bessere Menschen.

Das neue deutsche Großverkehrsflugzeug.

Die Junkers-Luftverkehrs-A.G. führte auf dem Berliner Zentralflugplatz auf dem Tempelhofer Feld ihr neues dreimotoriges Großverkehrsflugzeug in einer größeren Zahl von Probeflügen vor. Das neue Großverkehrsflugzeug ist nach langer Mühe und vielen Verhandlungen auch von dem Garantienkomitee für den normalen Flugverkehr in Deutschland zugelassen worden und wird vom Beginn der diesjährigen Flugaison ab auf vielen deutschen und ausländischen Fluglinien regelmäßig verkehren. Das Großflugzeug enthält in seiner Motorausstattung einen Junkers-Motor L. II von 195 Pferdestärken als Mittelmotor und zwei Mercedes-Motoren D. I von je 100 Pferdestärken, zusammen 395 Pferdestärken. Im Auslande kann das Flugzeug ohne Korrekturenänderungen mit wesentlich stärkeren Motoren ausgestattet und damit in seiner Leistung bis auf 600 Pferdestärken gesteigert werden. Die Vergrößerung des Flugzeuges gegenüber dem gewöhnlichen Ganzmetallflugzeug der Junkerswerke dient in erster Linie der Vergrößerung des Passagierraumes, in ihm können in bequemen Leder- und Korbfesseln neun Passagiere Platz nehmen. Der Führer ist für zwei parallel arbeitende Führer gedacht. Außerdem ist Platz für einen Zug zur Bedienung der Güter, eine abgetrennte Toilette, daneben ein Post- und Gepäckraum vorhanden. Die durchgeführten Probeflüge erwiesen die außerordentliche Betriebsfähigkeit des Flugzeuges. Trotz des nicht besonders günstigen Wetters war der Flug entzückend und breiten Flügeln ungewöhnlich ruhig. Die ausgeführten engen Kurven bewiesen die leichte und sichere Steuerbarkeit des Flugzeuges. Bewährter Führer bei den Flügen war der seit Jahren in den Diensten der Junkers-Luftverkehrs-A.G. stehende Flieger-Witte, der im vergangenen Jahre täglich den Flug München—Wien und zurück ausführte.

Die Brettlbwa im Vatikan.

Raquel Meller, die in jüngster Zeit im Zusammenhang mit einer vom katholischen Klerus beanstandeten Nummer ihres Re-

Dankestädte.

Hamburg. Der neue Senat, der aus 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 4 Volksparteikern besteht, wählte zum ersten Bürgermeister Dr. Carl Petersen und zum 2. Bürgermeister Senator Dr. Max Schramm.

Schleswig-Holstein.

Kiel. Demonstration für Erhaltung der Deutschen Werke. Kurz vor Beginn der Stadtkollegienitzung demonstrieren Arbeiter und Angestellte der Deutschen Werke Kiel vor dem Rathaus gegen die drohende Schließung der ehemaligen Reichswerke. Der Zweck der Kundgebung war, die Stadt zu veranlassen, sich energischer, als es bisher der Fall zu sein schien, der mit Entlassung bedrohten 6- bis 7000 Arbeiter anzuschließen. Die Folge war, daß eine sozialdemokratische Anfrage über diesen Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt und als erster Punkt verhandelt wurde. Nach mehrstündiger lebhafter Beratung fand eine sozialdemokratische Erklärung einstimmig Annahme. Danach beauftragen die Stadtkollegien den Magistrat, sofort die zuständigen Regierungsstellen und Parlamentarier auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und zu fordern, daß endlich die Existenz der Deutschen Werke sichergestellt werde.

Kiendorf. Boden- und Wohnungsfragen. 50 Gemeindevorsteher, Stadtvorordnete, Stadträte, Senatoren und Bürgervereinsmitglieder, die durch die Mieter und Bodenreformer von Schleswig-Holstein, Harburg und Hamburg gewählt sind, besprachen sich hier über ihre allgemeinen und besonderen Aufgaben in der Gemeinde. Die Haushalte aller Gemeinwesen, so führte Stadtverordneter Kugel-Riel aus, sind voller Positionen, die mit der Wohnungsfrage zusammenhängen und auf einer vernünftigen Lösung der Bodenfragen beruhen. Heute sind nur die Sachwertbesitzer vor dem Armenhaus gesichert. Die Mieter und Sparrer, aus deren Spargrochen die Häuser erbaut wurden, sind ihrer Ersparnisse beraubt, von denen sie im Alter leben, von denen sie den Kindern eine Existenz gründen wollten. In der Aussprache wurden die Grundlagen vereinbart für eine gemeinsame Arbeit in den Fragen des gemeindlichen Bodenbesitzes und seiner Verwertung, der Grundwert- und Wertzunachsteuer, der Bebauungspläne, des Heimstättenbaues, der Kleingärten, der Hausinspektorenverwendung, der Arbeitgeberverleihen und der gemeindlichen Sparkassen, der Reparaturgebräuerwendung, der Betriebskosten für die Häuser, der neuen Beschäftigung des locken entschuldeten Haus- und Grundbesitzes, des Bauhoffwuchers, sowie in den Fragen der Gemeindebetriebe, der Pflege von Sport und Spiel, der Wohlfahrtspflege, der Kinderreichen, des Schulwesens und einer Reihe anderer Fragen. Gegen den Bauhoffwucher wurde energisch protestiert.

Gewerkschaften.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, leitet der Schlichtungsausschuß für die Tarifstreitigkeiten des Bankgewerbes am Montag, dem 23. März, seine unterbrochenen Verhandlungen fort. Die Verhandlungen waren bekanntlich ausgefallen, weil der Deutschnationale Handlungssachlichen-Verband und der Gewerkschaftsbund der Angestellten den Schlichtungsausschuß, wie durch den Schlichter in öffentlicher Verhandlung festgestellt wurde — geschwädigt, verlassen hatte. Das Arbeitsministerium hat im übrigen, um die Organisationsverhältnisse der genannten Verbände im Bankgewerbe zu prüfen, ein unparteiisches Kollegium ernannt. Dieses wird die Entscheidung darüber zu fällen haben, ob D.S.B. und G.D.N. eine derartige Bedeutung im Bankgewerbe besitzen, daß ihre Zulassung zum Reichsarbeitsverträge gerechtfertigt erscheint.

Der Minister für die Landarbeiter.

D. L. V. Die Geister rüsten sich für den Kampf um die Befreiung des Reichspräsidentenpostens. Es wird ein schwerer Kampf sein. Besonders der sozialdemokratische Kandidat Otto Braun wird stark ins Vorderreffen geraten. Mit allen Mitteln wird das Bürgergut gegen ihn arbeiten und versuchen, ihn beim Volke verächtlich zu machen und ihn in seinem Ansehen herabzusetzen. Das verpflichtet uns, den Wählern Otto Braun immer wieder so zu zeigen, wie er in Wirklichkeit ist. Otto Braun ist ein Mann, dem in erster Linie die Landarbeiter viel zu danken haben. Er war es, der bereits um die Jahrhundertwende von seiner Heimatproving Ostpreußen her die Anregung ab, eine Organisation für die Landarbeiter ins Leben zu rufen, eine Organisation zu schaffen, deren hauptsächlichstes Ziel die Verbesserung der ländlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein soll. Die Gründung der Organisation kam. Es ent-

periores vielgenannte spanische Varieteesängerin, wurde kürzlich vom Papst in einer von ihr erbetenen Privataudienz empfangen und lang bei dieser Gelegenheit seiner Heiligkeit das beanstandete Lied vor, das ihr die Drohung mit der Exkommunikation eingetragen hatte. Der Papst erteilte am Schluß des Vortrages der Sängerin seinen Segen mit der Erlaubnis, das Lied weiterzusingen. Der Text des Liedes erzählt die Geschichte eines jungen Mädchens, das sich beim Vorübergehen einer Prozession zu gotteslästerlichen Beschimpfungen verhalten läßt, dieser aber bald bereut und in der Folge sich durch glühenden Glaubensseuer auszeichnet. Fräulein Meller erklärte nach der Audienz den Bericht erstatter: „Nachdem der Erzbischof von Paris dem Vatikan über mein angeblich religionsfeindliches Lied Bericht erstattet hatte, habe ich nur noch den einen Wunsch, nach Rom zu kommen und dem Papst persönlich davon zu überzeugen, daß ich stets eine gute Katholikin war, und daß man mich zu Unrecht der Religionsfeindschaft beschuldigt. Seine Heiligkeit forderte mich freundlich auf, ihm das Lied vorzusingen, damit er sich selbst ein Urteil bilden könne und hörte aufmerksam zu, wobei er auf jedes Textwort achtete.“ Die Sängerin trug bei der Audienz im Vatikan dasselbe Kostüm, in dem sie auf der Varieteeschneise in ihrer Nummer auftritt: ein schwarzes bis zum Hals geschlossenes Seidenkleid mit einem prächtigen spanischen Schal. Ihr Impresario, Pano, der auch der Impresario von Leonora Duse und Sarah Bernhardt war, hatte Raquel Meller vor zwölf Jahren in einer Matrosenschneise in Valencia entdeckt. Jetzt besitzt die Sängerin zwei Willen in Paris und je eine in Madrid und Barcelona.

Humor.

Ein notwendiger Antrag. Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der zu untersuchen hat, ob die Arbeitsweise der bestehenden Untersuchungsausschüsse nicht untersucht zu werden verdient. Der Kaiser. „Reißt du, was ein Kaiser ist?“ „Ja?“ „Stresemann!“ „Wieso denn?“ „Wieso denn! Oho!“ „Aber ein Kaiser ist doch ein schlechter Wit.“ „Na also!“ (Aus dem republikanischen Witzblatt „Lachen links“.)

Hand der Deutsche Landarbeiterverband. Otto Braun trat in die Reihen des Verbandes ein, um in Verbindung mit einigen anderen mutigen Männern seinen Teil für die Ausfüllung und Ausfüllung der Landarbeiter zu leisten.

Otto Braun, wir kennen ihn als einen mutigen Kämpfer für die Rechte der Landarbeiter. Er war es, der als Landwirtschaftsminister in Preußen energisch dafür eintrat, daß den Landarbeitern das ihnen verfassungsmäßig zustehende Koalitionsrecht auch in der Praxis gesichert wurde.

Otto Braun hat sich mit dieser Einstellung natürlich den Zorn der großagrarisches Kreise zugezogen. Trotzdem blieb er seinem Grundsatze, ein Freund der Landarbeiter zu sein, treu.

Wenn man in agrar-konservativen Kreisen für mich das Wort geprägt hat, ich sei ein Minister für die Landarbeiter, so nehme ich, wenn das auch von den Urheber nicht so gewollt war, es als Ehrentitel gern an.

Otto Braun war aber nicht nur ein Minister für die Landarbeiter, er war auch ein Mensch, dem die Förderung der gesamten Landwirtschaftslebensziel war.

Mit Otto Braun ist ein würdiger Nachfolger im Amt des Reichspräsidenten gefunden worden. Die Landarbeiter werden darum am 20. März ihre Stimmen für die Reichspräsidentenwahl auf ihn vereinigen.

Arbeiter-Sport.

Alle Anzeigen für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Corneliß, Gr. Erdbeigrube 82, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Louisten-Verein „Die Naturfreunde“ C. N., Ortsgruppe Lübeck.

22. 3.: 5. Stiftungsfest der Musikgruppe im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, 7.30. Wanderung fällt aus. — 25. 3.: Vortrag über Radio von Herrn Dr. Griefel im Katharinenum; pünktlich 7.30. Unkostenbeitrag 50 Pfg. Eingang Hundestraße, Stadtbibliothek. — 29. 3.: Rupersdorfer Forst. Treffpunkt Burgtorbrücke. Führer H. Schöning.

Arbeiter-Turnvereine, Lübnitz. Turnspielerversammlung am Sonntag, dem 22. März, morgens 10 Uhr beim Gen. E. Paale. Tagesordnung: 1. Unser Turnspielbetrieb; 2. Meldung zur Serie 1925. Nachmeldungen werden nicht angenommen. J. A.: A. Sternberg, Vereinspielleiter.

Anschriften der Turnspelleiter.

Molsling: E. Hamann, Hamburger Straße 15. Lübnitz: A. Sternberg, Herrenweg, Eisenstraße 196. Radeburg: H. Koop, An der Brauerei 5. Seereich-Dänischburg: R. Brooks. Schlutup: W. Laß, Lübecker Straße 85. Stodelsdorf: H. Burmeister, Ahrensstraße 13. H.S. Vorwärts: C. Bernimb, Lübed, Drögelstraße 20. H.S.B.: A. Wiente, Lübed, Drögelstraße 14. H.T.B. Lübed: Kühne, Lübed, Langer Lohberg 41. Schwartau: R. Seeve, Schnoorstraße 1. J. A.: Sternberg.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Der Hochdruckteil über Deutschland wird langsam abgebaut, während der Hochdruckern selbst keine Stellung behauptet. Die Nordsee wird beeinflusst von Ausläufern des Nordmeereles, das sich ostwärts verlagert. Die Randströmungen dürften die Winde aufrischen lassen und geringe Rechtsdrehungen verursachen.

Vorhersage für den 20. und 21. März 1925.

Zunächst Fortdauer des veränderlichen, zu Niederschlägen neigenden, wieder etwas kälteren Wetters.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 19. März. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse). Die Schwankungen an den amerikanischen Börsen haben hier ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen, so daß die getrigte Haufe hier kaum zum Ausbrennen kam und das Geschäft darunter zu leiden hatte. Preise in Reichsmark für 1000 Rilo: Weizen 240-245. Roggen 224 bis 230. Hafer 182-190. Gerste 204-245. Buchweizen 210-215. Ausländische Gerste 194-218, Mais 190-192. A.H. frei Karawagon. Delfungen unverändert bei stabilen Preisen.

Heu und Stroh. Hamburg, 19. März. Im Großhandel stellt sich der Preis für Kleehheu lose auf 6.- Mk., Kleehheu l. Schnitt, gepreßt in □-Ballen 6.20. Kleehheu 2. Schnitt, gepreßt in □-Ballen 5.35. Wiesheu lose 4.40, do. gepreßt in □-Ballen 5.- Mk.; Getreidestroh, gebündelt 2.60. Roggen-, Weizen-, Haferstroh gepreßt in Quadratballen 2.50, Gerstenstroh, gepreßt in Quadratballen 2.10. Alle Preise verstehen sich je Zentner in Waggon Bahnhöhe Hamburg, Altona, Wandsbek inkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Rinder- und Schafmarkt. Hamburg, 19. März. (Bericht der Notierungskommission.) Auftrieb: 1064 Rinder (hiervon

316 Ochsen, 129 Quenen, 97 Bullen, 522 Kühe), 1236 Schafe. Der Schafbestand schloß sich aus 764 Stoll- und 522 Weidemasttieren zusammen. Die von dem Inlande entstammenden Rinder verteilen sich der Herkunft nach auf: Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg. — Preisnotierung: Bezahlt für 1/2 Kilogramm Lebendgewicht: Ochsen und Färsen (Quenen): vollfleischige ausgewählte höchsten Schlachtwertes (1. Qualität) 0,54-0,56, sonstige vollfleischige (2. Qualität) 0,47-0,50. Fleischige (3. Qualität) 0,37-0,45, gering genährte (4. Qualität) 0,21-0,36. Bullen: jüngere vollfleischige ausgewählte 0,48 bis 0,50, ältere vollfleischige ausgewählte 0,42-0,46, fleischige 0,36-0,41, gering genährte 0,30-0,35. Kühe: jüngere vollfleischige ausgewählte 0,48-0,51, ältere vollfleischige ausgewählte 0,38-0,45, fleischige 0,28-0,36, gering genährte 0,16 bis 0,25. — Die Schafe verteilen sich der Herkunft nach auf: Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Sachsen, Braunschweig, Stollmähische: Mastlamm und junge Masthammel bis zu 2 Jahren (1. Qualität) 0,51-0,53. Weidemastische: Mastlamm und junge Masthammel bis zu 2 Jahren (1. Qualität) 0,53-0,56, geringere Mastlamm, gut genährte junge Schafe und Böcke (2. Qualität) 0,42-0,48, mäßig genährte Hammel, Schafe und Böcke (3. Qualität) 0,25-0,33. — Fahrverhand vom Zentralviehmarkt voraussichtlich: 259 Rinder, 100 Schafe. Fahrverhand vom Zentralviehmarkt am 12. März: 243 Rinder, 151 Schafe.

Schiffsnachrichten.

Angelommene Schiffe.

19. März. Schwed. S. Dagfinn, Kap. Olsson, von Kolding, leer, 1 Tg. Holl. S. Lübscherdena, Kap. Landstra, von Flensburg, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Achmann, Kap. Schwann, von Burgahallen, Stückgut, 9 Td. Deutsch. S. Antares, Kap. Ollenbrüggen, von Rodenhagen, leer, 1 Tg. Deutsch. S. Andine, Kap. Suhr, von Holtenau, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Lena, Kap. Neg, von Rotberg, leer, 1 Tg. 20. März. Dän. S. Christine, Kap. Gaufen, von Afsens, leer, 1 Tg. Dän. S. Birgitta, Kap. Petersen, von Skerfvinge, leer, 2 Tg. Dän. S. Johanna, Kap. Jacobsen, von Sonderburg, leer, 2 Tg.

Abgegangene Schiffe.

19. März. Deutsch. D. Krophilde, Kap. Gschm nach Danzig, leer. Deutsch. S. Fortuna, Kap. Suhr, nach Vornholm, Salz. Deutsch. Seefisch. Brussa, Kap. Vadenia, nach Schlesw. nach Leichter, Deutsch. nach Soltau, leer. Dän. D. Thor, Kap. Andreassen, nach Mackeborn, Stückgut. Norm. D. Tungenes, Kap. Christiansen, nach Stavanger, Stückgut.

Verantwortlich: für Inhalt u. Vollständigkeit: Dr. Fritz Solmig, für Freitext Lübeck und Heilbronn: Hermann Bauer, für Inserate: Carl Lutzhardt, Verleger: Carl Lutzhardt, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil.

Abstimmungsverfahren für Seeleute.

Nach § 111a der Reichsstimmordnung vom 14. 3. 24 können Seeleute die vor der Abstimmung aus dem hiesigen Seehafen ausfahren oder am Abstimmungstage oder in den nachfolgenden fünf Tagen in ihn einfahren und sich durch ihr Seefahrtsbuch ausweisen, ihr Stimmrecht für die am 29. März d. Js. stattfindende Reichspräsidentenwahl gegen Abgabe eines Stimmcheines in der Zeit

vom 21. März bis 3. April 1925 einschl. im Statistischen Landesamt, Mengstraße 4 täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags ausüben. Den Stimmchein erhält der Seemann entweder bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes an dem er polizeilich gemeldet ist, oder auf Grund eines vom Seemannsamt oder von lei-er Wohnungsgemeinde in sein Seefahrtsbuch eingetragenen Wahlberechtigungsvermerkes beim Poli-etamt (Meldeamt, Parade 10. (4227) Lübeck, den 19. März 1925. Das Statistische Landesamt

Die auf den 21. April 1925 anberaumte Zwangsversteigerung des Grundstücks An der Brandenbaumer Landstraße Nr. 161 findet nicht statt. (4257) Lübeck, den 18. März 1925. Das Amtsgericht, Abt. IV.

Nachrichten für Seefahrer.

Vor der Trauung sind die Winterseefahrer eingezogen und die Sommerseefahrer ausgelegt. (4278) Travemünde, 19. März 1925. Das Vorkommand Travemünde.

Zwangsversteigerung

Am Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 92, auf den Namen des Biologen Johann Paul Vincenz Kiebler in Lübeck eingetragene Grundstück Adolfsstraße Nr. 8, groß 7 a 01, am am Dienstag, dem 12. Mai 1925, vormittags 11 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 13. März 1925 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 12. März 1925, bereits verstrichen war.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Eintragung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. (4255) Lübeck, den 18. März 1925. Das Amtsgericht, Abteilung IV.

Zwangsversteigerung.

Am Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Jürgen, Blatt 2278 auf den Namen der Ehefrau des Kaufmanns Johann Joachim Christoph Spangenberg, Eli Erna Elise Mathilde geb. Schulz zu Lübeck eingetragene Grundstück Krug Reuterstraße Nr. 7a, groß 12 a 22 qm am Dienstag, dem 21. Mai 1925, vormittags 11 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 9, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 12. März 1925 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 12. März 1925, bereits verstrichen war.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Eintragung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt. (4256) Lübeck, den 18. März 1925. Das Amtsgericht, Abteilung III.

Bekanntmachung

Durch Beschluß des Senates vom 7. März 1925 haben nachstehende Wege und Straßen folgende Bezeichnungen erhalten:

1. Im Stadtteil Schönböden: Die Fortsetzung der Schonbödenstraße von der Segeberger Bahn bis zur Landesgrenze „Steinrader Damm“
 2. Der vom Steinrader Damm nach Südwesten abzweigende Weg „Schönböden Hauptstraße“
 3. Der von der Schönböden Hauptstraße nach Nordwesten abzweigende und nach etwa 200 m nach dem Gutshofe abbiegende Weg „Im Winkel“
 4. Der vom Südwestende der Schönböden Hauptstraße nach dem Gutshofe führende Weg „Linden-Allee“
 5. Der von der Schönböden Hauptstraße nach Nadelüggel führende Weg „Nadelügger Weg“
 6. Die vom Südostende des Nadelügger Weges nach Westen führende etwa 350 m lange Wegestrecke „Eichen-Allee“
 7. Der Weg in westlicher Verlängerung der Eichen-Allee bis zum Gutshofe Nadelüggel „Bei den Obstgärten“
 8. Der vom Westende des Weges bei den Obstgärten nach Süden abzweigende, bei Hohensteige in die Hamburger Landstraße mündende Weg „Hohensteige“.
- II. Im Stadtteil Westhof:
1. Die Fortsetzung der Arminstraße von der Hafenverbindungsbahn bis zur Grenze des Stadtteils Schlutup „Westhof Landstraße“

2. Der bei der Eisenbahnbrücke nach Schlutup von der Brandenbaumer Landstraße abzweigende und zum Raninchenberg führende Weg „Zum Raninchenberg“

III. Die in der Seelung der Helmlattengasse bei Molsling neuangelegte südwestliche Parallellstraße zur Straße Helmlattengasse „Habelamp“.

Lübeck, den 19. März 1925. Die Baubehörde. (4249)

Sortirevier Hraelsdorf. Bezirk Schwinterrade Holzverkauf

am Mittwoch, dem 25. März 1925, ab 10 Uhr vorm., in der Gattwirtschaft von Million, Surau Holz Nr. 601 - ca. 970

19 97 im Fichten, Stamme IV.-V. Kl. in acht Lagen; 83 St. Fichten Stangen II.-VI. Kl.; 4 rm Eichen-Röhle; 78 im Buchen Nagelkloben u. Rollen. 18 im Eichen Kluit u. Knüppel; 361 im Buchen Kluit u. Knüppel; 28 im Eichen Kluit u. Knüppel; 1 rm Fichten Knüppel; 1 rm Birken Kluit; 165 Hn. Laubholz Buch. (4240)

Auskunft erteilt der Revierjäger zu Schwinterrade. Waldhufen, im März 1925. Der Revierförster

Nichtamtlicher Teil

Privat-Handelslehre

Der Unterricht in der Buchhaltung, in der Stenographie und im Maschinenschreiben beginnt am 16. April. Die Teilnehmer müssen im Beruf stehen oder 18 Jahre alt sein. (4238) K. Hinzpeter, Marktstraße 5.

Zigaretten

Zigarren C. Wintfoot Ob. Mützstr. 18

Haus-Notenmacher Dauertwäpfe bester deutscher Fabrik Mens. Stoffwäpfe Strawatten 4232 in großer Auswahl Strüßen Aug. Janensch Sandstraße 6.

Uppren-Hübner, Schauen 13 Gute Bekuhren v.4.4 an 4236

Kinder-Bettstellen weiß mit Gitter, von 17.75 bis 65.- Große Bettstellen von 16.50 bis 75.- Gebrüder Hettli Untertrabe 111/112 1. Stock, kein Laden b. d. Holtenstr. (4231)



Metal-Oel-Politur gibt Dauerglanz. CHEMWERKE LUBSKYNSKI & CO., BLA-LICHTER.

Ia. Schweinefleisch . . . Pfd. 0.90

- Ia. Kalbfleisch . . . Pfd. 0.50 und 0.60
- Kalbkeule . . . Pfd. 0.70
- festes Ochsenfleisch Pfd. 0.90 und 1.-
- Gulach und Gehacktes . . . Pfd. 0.80
- Kaffler Rippsteck . . . 1.40
- Flecken-Schmalz . . . 1.20
- ausgewählter Rindertalg . . . 0.50
- frisches Kopfleisch . . . 0.90
- Hochfeiner Rauschnitt . . . 1.60
- Geflügel und Teewurst . . . 1.40
- Hausmacher-Leberwurst . . . 1.60
- Polnische Knoblauchwurst . . . 1.40
- Säse und Blutwurst . . . 1.20
- Damburger Knackwurst . . . 0.80
- Täglich frische Back- u. Bierwurst . . . 1.40
- Hochfeine Knackwurst . . . 0.80

Hermann Atmer

Wohnstraße 8. (4265)

Herrn-Anzüge

moderne Nadelstreifen, in blau, grün, braun, solide leine Stoffe in blau, gemust., Gabard. und Cord 26.- 32.- 38.- 45.- 52.- 39.- 44.- 49.- 55.- 72.-

Konfirmanten-Anzüge

in blau Cheviot, Fuch und Kammgaru, dunkelgemustert Rips oder Marengo 18.- 21.- 24.- 28.- 35.- 29.- 33.- 39.- 45.- 52.-

Gebr. Vandsburger

Inh.: Heinrich Weilmann Holstenstraße 10 4271 Holstenstraße 10

Friedrich Augustin
Elisabeth Augustin
geb. Schütt
Hermählte

Für Gratulationen und
Geschenke danken herzl.
insbes. dem Chor-Verein
Schmarlau, (4251)
den 18. März 1925

Die Geburt eines ge-
sunden Jungen zeigen
hoch erfreut an (4286)

Gust. Herrmann u. Frau
Henarlette geb. Reddr.

Anläßl. unser. Silber-
hochzeit am 25. d. Mts.
sind alle herzlich will-
kommen. R. Stallbohm
u. Frau geb. Köll
Stolpe bei Neustadt

Danksagung.
Für die überaus zahl-
reiche Teilnahme und
Franspende beim Hin-
scheiden unserer lieben
Entschlafenen, insbeson-
dere der Baderinnung,
D. F. W. S. sowie Herrn
Pastor Sülden für seine
tröstlichen Worte un-
seren innigsten Dank
Joh. Friedrichsen
und Aender.

Zum 1. April suche ich ein
tüchtiges Alleinmädchen
mit Kochkenntnissen
Frau H. Bartelmann,
4359) Beim Reiterich 4

Küchenschrank o. Auf-
satz und Hängelampe
zu verkaufen. (4255)
Sebanstraße 4 a.

Seele, Oelbeug, See-
Kiesel oder halblange
zu kaufen gesucht. Uno. u.
D 847 a. d. Exp. (4268)

Neues Damen- und
Herrenrad billig z. verk.
Geirichstraße 17 a

2 Regale billig zu verk.
Secrets, 4271
Schwarzer Straße 49

1 Busenager zu verkauf.
Karlsdorf, Dorfweg 8.
4258)

**Jugend- und
Volksbücher**
aus d. Feder angelegener
Schriftsteller
Preis pro Heft 20 und
40 Pf., geb. 75 Pf.
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46

**Wall-, Watta-, Daunnen-
Steppdecken**
Anfertigung
Aufarbeit. Neubeziehen
Fr. Spethmann
Breitestraße 31 Etage

**Mit Blicklicht
und Büchle**
von G. S. Schilling
Bolls- und Jugend-
ausgabe
Preis geb. M. 4.50
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Schweinehaare
sah und trocken
kauft jeden Posten
Josef Wagner
Bankwartsgrube 26
Holstenst. 8

**Börslich-
kommunitätliche
Einigung**
von
Graf Ernst Reventlow
Preis 40 Bg.
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Erwiderung

der Kohle Aktiengesellschaft, Hamburg

auf die Erklärung der

Firma Max Boye, Lübeck

Herr Max Boye, Lübeck, behauptet in Nr. 66 des
Lübecker General-Anzeiger, daß er auf Veranlassung
der Freien Vereinigung der Kohlenhändler Lübecks,
insbesondere auf Betreiben von Herrn Ihde, vom Bezuge
von Braunkohlen-Briketts gesperrt worden sei.

Die Tatsachen, die er anführt, sind frei erfunden
und entsprechen keineswegs der Wirklichkeit.

Tatsache ist, daß wir von der Fa. Max Boye,
Lübeck, einen Auftrag auf Lieferung einer Kahnladung
Briketts erhalten haben. Bevor wir die Lieferung ab-
schlossen, holten wir durch eine Auskunft Auskunft
über die Firma in Lübeck ein. Die Auskunft war
derart, daß wir uns auf Grund unserer Syndikats-
Bedingungen gezwungen sahen, vor Ausführung der
Lieferung Sicherheiten zu verlangen. Die Firma Boye
sah die Berechtigung unseres Verlangens ein und ver-
sprach, die Sicherheit zu stellen. Die angebotene Sicher-
heit war aber völlig unzureichend, so daß wir nach
mehrfachem Schriftwechsel uns gezwungen sahen, auf
Grund der Syndikats-Bedingungen weitere Lieferungen
nicht auszuführen.

Lediglich dieser Umstand hat dazu geführt, daß die
Fa. Max Boye, Lübeck, keine weiteren Mengen von
uns erhalten hat und es ist eine freie Erfindung, wenn
Herr Boye behauptet, daß wir durch Herrn Ihde, oder
durch die Freie Vereinigung der Kohlenhändler Lübecks
in unserem Verhalten beeinflusst worden seien.

Wir haben unseren Standpunkt bereits am 10.
November 1924 laut nachstehender Abschrift der Firma
Max Boye, Lübeck, klar gemacht.

Hamburg, den 10. November.

Herrn
Max Boye
Lübeck
Roedstraße 20

Wir bekennen uns zum Empfang Ihres Schreibens
vom 6. ds. und erwidern darauf rüchlich, daß uns
der Inhalt Ihres Schreibens nicht recht verständlich
ist und zwar insofern, daß Sie glauben, daß andere
Lübecker Händler uns zu unserem Verhalten ge-
zwungen hätten.

Demgegenüber möchten wir nochmals ausdrück-
lich betonen, daß wir lediglich auf Grund der bei
uns eingegangenen Auskunft unsere Forderung auf
entsprechende Sicherheitsleistung für die Lieferung
des Kahnes Treue-Briketts stellten. Zur For-
derung der Sicherheitsleistung sind wir auf Grund
der Bedingungen des mitteldeutschen Braunkohlen-
Syndikats und auch ohne diese Bedingungen ge-
zwungen.

Nachdem Sie unsere Forderung wegen Sicher-
heitsleistung nicht entprochen haben, sahen wir uns
leider gezwungen, den Kahn anderweitig, sogar mit
Verlust für uns, unterzubringen. Dieses sind die
einfach nachweisbaren Tatsachen, die wir jederzeit beweisen
können. Die von Ihnen genannten Herren haben
mit der Sache absolut nichts zu tun.

Im übrigen haben Sie durch die Lieferung der
einzelnen Wagen gesehen, daß wir Ihnen im be-
schränkten Umfange Kredit gewähren wollen. Dieses
kann jedoch nur weiter gehen, wenn Sie Ihren
Verpflichtungen uns gegenüber immer vereinbarungs-
gemäß nachkommen.

Mit Glückauf
Kohle Aktiengesellschaft.

Im übrigen ist wegen dieser Lieferung ein Prozeß
zwischen uns und der Firma Max Boye, Lübeck, ent-
standen, der noch nicht erledigt ist.

Wir halten es für zwecklos, uns vor Beendigung
dieses Prozesses in weitere Erörterungen über diesen
Streitfall mit der Firma Max Boye einzulassen, be-
tonen aber nochmals, daß Herr Ihde, oder die Freie
Vereinigung der Kohlenhändler Lübecks, in keiner
Weise für unsere Stellungnahme maßgebend gewesen
ist, was schon daraus hervorgeht, daß die Firma
trotz der angeblichen Sperre einige Ladungen Briketts,
die den Rahmen ihrer Kreditwürdigkeit nicht über-
schreiten, erhalten hat. Auf weitere Lieferung hat die
Firma Max Boye verzichtet.

Kohle Aktiengesellschaft

Preiswerte Leibwäsche

für die Konfirmation

- Taghemden Träger, mit Barmerbogen.. 1 25
- Taghemden mit breiter Stickerei, Hohl-
saum mit Achselschluß... 1 95
- Taghemden Träger, la. Stickerei, reich
garniert... 2 45
- Beinkleider geschlossen, mit Barmer-
bogen und Fältchen... 1 35
- Beinkleider gutes Hemdentuch m. Stick-
Volant... 2 25
- Hemdosen Windelform, mit Klöppel-
spitze und Einsatz... 4 75
- Unterkleider moderne Form, Stickerei-
einsatz... 3 50
- Unterkleider mit Stickereiträgern,
Stickerei und Einsatz... 4 25
- Garnituren 2teilig, Hemd und Beinkleid,
mit breitem Barmerbogen.. 4 50
- Garnituren 2teilig, Hemd u. Beinkl., mit
guter Val.-Spitze u. Einsatz 6 50
- Strumpfbandgürtel weiß Drell,
mit 4 Halt. 1 50
- Reformleibchen aus gutem Drell, in
allen Weiten... 2 25

Taghemden für Konfirmanden, alle
Halsweiten... 2 95

Karstadt

Lagerverkauf
von Haus- und Küchengeräten
in Emaille

zur im größten Spezialgeschäfte am Plage bei
reicher Auswahl, sachmännlicher Bedienung und
noch aufgetreterer bedeutender Preiseshöjnung,
im Kleinhandel die alten bekannten (4272)

billigen Preise!

Rein Laden! Nur Speicherverkauf!
Lübecker Emaille-Zentrale, Ob. Vektor
Engelsgrube 11

Preiswerte Spirituosen

- Doppelkummel... 85% Fl. 2.00
- Tafel-Aquavit... 40... 8.00 2.50
- Weinbrand-Verschn. 99... 8.00 2.60
- Weinbrand... 89... 8.50 3.00
- Jamaika-Rum-V. 40... 8.00 2.75
- Edel-Liköre... 1/2 Fl. 3.00 1/4 Fl. 1.60

Preise einschließlich Flasche (4291)

Jürs & Meiners Engelsgrube 59
Fernruf 8731
Spezialhaus für Spirituosen u. Tabakwaren

333
4 M. an
585
8 M. an

Garantie-Wecker 4 Mk
10 Silber - 99 gest.
Alpaka-Bestecke.
A. Schulz, Uhrmacher.
20 Johannisstraße 20

Dr Geenij
in memoriam
Friedr. August v. Sachse
Aneidoten
Preis M. 1.50

Südj. Miniaturen
Band 1 und 2
je M. 1.50

Artur Sünder
Die Dinte
wider das Blut
39. wüßgewordene und
vermehrte Auflage
Preis M. 1.—
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46.

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerlei von
Friedr. Meyer & Co.

Konfirmanden-Anzüge
blau und farbig, solide Stoffe, prima Verarbeitung

25⁰⁰ 29⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰ 45⁰⁰

Herren-Anzüge
viele Stoffarten, hell und dunkelfarbig, moderne 1- u. 2-reihige
Macharten, sowie Sportansons

25.- 39⁵⁰ 48⁵⁰ 56⁵⁰ 69⁵⁰ 75.- 89.-

Herr.-Covercoat-Paletots
beliebteste Frühjahrstracht, flotte Macharten

39⁵⁰ 48⁰⁰ 59⁵⁰ 65⁰⁰

Hüte, Mützen, Krawatten, Oberhemde
in großer Auswahl

Arbeitergarderoben • Berufskleidung

Bei Einkauf von 3.00 M. an erhalten Sie einen
kleinen Gummiball, von 6.00 M. an einen
großen Gummiball gratis 4284

Johannes Holst Lübeck
Markt 6 Kohlmart 6

Die Filmgesetznovelle.

Als die Volksbeauftragten am 12. November 1918 die Zensur einschließlich der Filmzensur aufgehoben hatten, ergossen sich die übelsten Schandfilme in alle Kinos. Scham und Empörung über die ekelhaften Nachwerke, mit denen eine verantwortungslos arbeitende Industrie diese Freiheit ausnützte, veranlaßten die Nationalversammlung, in der Reichsverfassung Filme von der Zensurfreiheit auszunehmen, und im Reichsgerichtsgesetz eine besondere Filmzensurvorschrift zu erlassen. Nach diesem Gesetze können Filme verboten werden, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die Beziehungen Deutschlands zum Ausland und das Ansehen Deutschlands im Ausland gefährden. Bisher hat die nach diesem Gesetze gehandhabte Zensur wenig Anstoß erregt. Selbstverständlich markieren die Blätter der Filmindustrie bei jedem Verbot hochgehende Wogen der Erregung, wie das einige Muderer ebenfalls selbstverständlich im umgekehrten Falle tun. Im großen und ganzen hat sich aber die Öffentlichkeit wenig mit der Filmzensur zu beschäftigen brauchen, und das läßt darauf schließen, daß das Gesetz seinen Zweck recht gut erfüllt.

Freilich ist auch der Film selbst der Zensur zu Hilfe gekommen. Schon allein die Tatsache des Bestehens einer Zensur hat die Filmindustrie zur Vorsicht angehalten. Aber auch sonst hat sich der Film seit 1919 vorteilhaft entwickelt. Er ist aus einer Unterhaltungs- und sensationslüsternen Publika zu einem Unterhaltungs- und Bildungsmittel aller Schichten geworden und strebt danach, künstlerische Wirkung oder Belehrung zu erzielen. Auf dem Weltlauf der Unanständigkeit ist ein Wettbewerb in Qualitätsarbeit gefolgt. Auch die ausländische Konkurrenz, namentlich die amerikanische, schreibt bestimmte Entwicklungslinien vor. Aber das alles hat nicht verhindern können, daß höchstens 20 Proz. der aufgeführten Filme höheren kritischen Ansprüchen genügen. Bei den anderen sind eben an die Stelle von Schlüpfrigkeit, Rohheit und Gemeinheit nur Langweiligkeit, Ideenlosigkeit und Dummheit getreten, die keine Zensur ausmerzen kann. Immerhin ist durch die vorhandenen guten Filme dem Publikum ein kritischer Maßstab gegeben, von dem es durch regen Besuch oder Boykott der verschiedenen Kinos Gebrauch macht. Dazu kommt, daß der Film jetzt auch von allen Zeitungen besprochen wird. Ferner brechen alle möglichen Organisationen, sogar der katholische Caritas-Verband, selbst Filme und weisen, auch in Fachorganisationen mit anderen Verbänden, ihre Mitglieder auf schenswerte Neuerscheinungen hin.

Nun hat der Reichstag kürzlich beschlossen, die Regierung aufzufordern, eine Novelle zum Filmgesetz vorzulegen. Der Antrag erhielt eine Mehrheit, nachdem zugestimmt worden war, daß ein paar juristische Schönheitsfehler aus dem Gesetz beseitigt werden sollten. Aber die Regierung hat daraufhin den interessierten Verbänden einen Referentenentwurf vorgelegt, nach dem ein Bildstreifen auch verboten werden kann, wenn er nicht nur die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, sondern sogar schon die öffentliche Ruhe verletzt. Ueber diese Unfinnigkeit braucht man kein Wort zu verlieren. Weiter heißt es in dem Entwurf: „Einer entsetzlichen Wirkung ist es gleich zu achten, wenn ein Bildstreifen durch Minderwertigkeit, Unschönheit oder Unwahrscheinlichkeit lediglich der Befriedigung niedriger Schaulust dient. Gegen diese Verschärfung der Zensur, die einer beispielsweise im Geiste des Herrn Mumm zusammengelegten Prüflammer — und deren gibt es leider viele — das Verbot überhaupt jedes Films ermöglicht, entstand berechtigter Empörung nicht nur in der Filmindustrie, sondern auch bei den Schriftstellern und in der ganzen freigeistigen Öffentlichkeit. Es soll also nach dem neuen Gelegenheitsgesetz nicht nur verboten werden können, was das Publikum direkt gefährdet, sondern auch alles, was die Zensoren für minderwertig, nutzlos oder minderwertig halten. In solchen Kaufschulbestimmungen liegt eine große Gefahr. Nach welchem Maßstab der öffentlichen Meinung soll beispielsweise der Begriff „minderwertig“ bestimmt werden? Welches Pharisäertum liegt in den Worten „Befriedigung niedriger Schaulust“? Hat doch beispielsweise der Wehrkreisleitender in Siedeln den ihm unterstellten Reichswehrangehörigen den Besuch der Aufführung des Films „Schmiede“ verboten! Um das Publikum vor verderblicher Filmliteratur zu schützen, dient ausreichend das Gesetz in seiner heutigen Form. Der Entwurf ist ein Angriff auf die Freiheit künstlerischer Schaffens.

Dem Reichstag ist bisher der genannte Entwurf noch nicht zugegangen, sondern nur die Mitteilung, daß das Verbot des Schandfilms in die Novelle aufgenommen werden solle. Aber das läuft ja auf das gleiche hinaus. Die Sozialdemokratie

kann die Verschärfung der Filmzensur nicht mitmachen. Sie ist immer eingetreten und wird sich auch künftig immer einsetzen für die Freiheit der künstlerischen Arbeit, durch die auch allein eine Höherentwicklung des Films möglich ist. Sie wird auch nach wie vor für die Erziehung der Massen zur Kunst und Sittlichkeit wirken, die sie befähigt, aus eigenem Urteil Gutes von Schlechtem zu unterscheiden. Das Problem der Schandliteratur und des Schandfilms ist schließlich eine Frage der Volkskultur und nicht der Zensur. Darum soll man das alte Gesetz noch so lange beibehalten, bis man auch auf dem Gebiete der Filmkunst die völlige Zensurfreiheit wiederherstellen kann.

Bermischte Nachrichten.

Ein deutsches Motorschiff überfällig. Aus Stavanger (Norwegen) wird gemeldet: Das deutsche Motorschiff „Elsinor“ ist, das am 24. Februar von Sande abgefahren ist, hat seinen Bestimmungsort noch nicht erreicht. Man befürchtet, daß das Schiff untergegangen ist. In Bord befanden sich 18 Personen, darunter die Frau des Kapitäns.

Folgeschwere Kesselexplosion in einer Ueberlandzentrale. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise explodierte ein Kessel der Ueberlandzentrale Südharz in Bleicherode. Zwei Mann verunglückten tödlich, fünf Mann wurden mehr oder weniger schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert. Gegen Abend ist noch einer der Verletzten gestorben.

Erdbeben in Italien. In Pisa wurde ein kleines wellenförmiges Erdbeben von drei Sekunden Dauer wahrgenommen; auch in anderen Städten Toscanas wurde das Erdbeben verspürt.

Dreihundert Häuser durch Feuer vernichtet. Durch eine Feuersbrunst in Puerto Duro in der Nähe von Spaete sind dreihundert Häuser, zumeist Wohnungen von Fischern, niedergebrannt. Mehrere hundert Personen sind dadurch obdachlos geworden.

August v. Wassermann †. Der Direktor des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie“ und Professor an der Universität Berlin, der berühmte Forscher auf dem Gebiete der Immunitätslehre und weltbekannte Schöpfer der nach ihm benannten Reaktion zur Erkennung der Dues und der Tuberkulose, August v. Wassermann, ist gestorben.

50 Bergleute verschüttet. Aus Fairmont (West-Virginia) wird gemeldet, daß nach einer Explosion in einem Kohlenbergwerk der Bethlehem Mines Corporation etwa 50 Bergleute verschüttet worden sind. In einem Umkreis von drei Meilen wurden die Gebäude erschüttert. Die ganze Zeche steht in Flammen, wodurch die eiligst einsetzenden Rettungsarbeiten stark behindert und die Rettungsmannschaften gefährdet werden. Als Ursache der Katastrophe werden schlagende Wetter angenommen. Man befürchtet, daß alle Bergleute unter Tage umgekommen sind.

Die Sommerzeit in Frankreich wird in der Nacht vom 4. auf den 5. April eingeführt. Die Wiedereinführung der normalen Zeit wird in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober vorgenommen werden.

Die Schiffe der „Laurentic“. Die Bergungsarbeiten bei dem Dampfer „Laurentic“ der White Star Line, der mit einer kostbaren Goldladung an Bord während des Krieges an der Küste von Donegal sank, sind nunmehr nach fünfjähriger Tätigkeit beendet worden. Der Bergungsdampfer „Racer“, der die schwere Arbeit ausgeführt hat, ist nach Portsmouth zurückgekehrt, nachdem er von den 3193 Goldbarren im Werte von ca. 1500 Pfund Sterling alle bis auf 27 geborgen hat. Die Taucher haben also in langer mühsamer Arbeit etwa 99 Prozent der verjunkteten Restbarren dem Meere wieder entzogen. Das Wrack lag in einer Tiefe von 125 Fuß und war vollständig verlandet und in sich zusammengefallen. Infolge des gewaltigen Wasserdruckes konnten die Taucher nicht länger als 40 Minuten arbeiten und mußten bei dem Aufstieg die größte Vorsicht walten lassen. Die einzelnen Barren, die infolge ihrer Schwere bis auf den Schiffsboden gesunken waren, mußten jetzt sämtlich aus dem sie umgebenden Schlamm herausgehoben werden, nachdem umfangreiche Sprengungen an dem Wrack vorgenommen waren.

Furchtbare Dynamitexplosion. Wie das „Petit Journal“ aus Tunis meldet, hat ein Automobil, das mit sieben Tonnen

Dynamit für die Truppen in Gaffa beladen war, unterwegs eine Panne erlitten. Dadurch war die Flamme in den Bergader zurückgeworfen worden und es entstand eine furchtbare Explosion. Besonders haben die Werke der tunesischen Eisenbahngesellschaft gelitten, die geräumt werden mußten. Bis jetzt sind 50 Personen als verletzt gemeldet.

Sturmkatastrophe in Nord-Amerika.

2000 Tote, 60 000 Verwundete.

Ein Lornado (Wirbelsturm) hat im südlichen Teil des Staates Illinois (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ungeheuren Schaden an Gut und Menschenleben angerichtet. Nicht nur die Stadt Paris ist hinweggefegt worden, sondern ganze Ortschaften sind verschwunden. Man rechnet etwa mit 2000 Toten, einigen tausend Verletzten. Die 11 000 Einwohner zählende Stadt Murphysboro lag im Zentrum des Tornados und wurde am schwersten betroffen. Die Orte Desoto Duquoin, West-Frankfurt, Thompsonville und Logan in Süd-Illinois sind ebenfalls schwer betroffen, zum Teil zerstört worden. Hilfe eilt von allen Seiten herbei. Da die drahlliche Verbindung aus dem verminten Gebiet unterbrochen, laufen wenige Meldungen ein. Ganze Züge wurden aus den Schienen gerissen. Der Eisenbahnverkehr ist meistens eingestellt. In West-Frankfurt wurden Schulhäuser zerstört und Kinder getötet. Frauen und Männer suchen unter den Trümmern ihre Familienangehörigen. Der ganze Landstrich aus Süd-Illinois bildet eine große Trümmerstätte. Die Zeitungen bezeichnen diese Riesenkatastrophe als die größte seit dem Erdbeben von San Francisco. Das Washingtoner Roite Kreuz hat eine großzügige Hilfsaktion eingeleitet. Der Gouverneur mobilisierte drei Regimenter, außerdem wurden 50 Aerzte in das zerstörte Gebiet abgeschickt.

In Mesota (Illinois) wurde eine Schule, in der sich 250 Kinder befanden, von dem Wirbelsturm erfaßt. Es brach Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Viele Kinder sind unter den Trümmern des Gebäudes begraben.

Der von der Windhohe heimgefuhrte Landstreifen ist nur etwa eine Meile breit. Ihren Anfang nahm die Windhohe im Staate Missouri, wo ihr zunächst die Stadt Anapolis zum Opfer fiel. Dann raste sie durch Illinois und endete schließlich im Staate Indiana. Die bisherigen Meldungen über die Gesamtverluste an Menschenleben sind reine Schätzungen. Der Verlust läßt sich noch nicht annähernd bestimmen.

Reuter meldet aus Chicago: Während der Nacht begaben sich die Einwohner der benachbarten Gegenden mit Autos in die vom Wirbelwind heimgefuhrten Ortschaften und schafften die Verwundeten in Städte, wo sie in Hospitälern, Kasernen und anderen öffentlichen Gebäuden untergebracht wurden. Der Bürgermeister von Grand Tower, Illinois, telegraphierte morgens, daß in der Stadt Sorham Feuer ausgebrochen sei. Alle Einwohner seien obdachlos.

Nach den letzten Berechnungen beläuft sich die Zahl der Opfer des Tornados in Murphysboro auf 800 Tote und 500 Verletzte in West-Frankfurt auf 350 Tote und 900 Verletzte, in Fairfith auf 350 Tote und 900 Verletzte, in Desoto auf 400 Tote und 400 Verletzte.

W.B. New York, 19. März.

Der Orkan, der sechs Staaten des mittleren Westens heimsuchte, hat etwa 10 000 Personen obdachlos gemacht. In den Trümmerstätten wüten noch immer die Feuerbrünste. Eine genaue Zählung der Opfer, von denen viele unter den brennenden Ruinen liegen, konnte noch nicht vorgenommen werden.

Freiherr und Oberpfarrer.

Stahthelm-Felden.

Aus Halle wird uns geschrieben: „Jedes Ding währt seine Zeit, Gottes Lieb in Ewigkeit.“ So ließ der Halleische deutsche nationale Oberpfarrer Knoblauch seine frommen Schäflein in der Marktkirche singen, von der schon seine sagt: „Die Marktschäfflein und die Landmannschaft, die haben da Zeit zum Beten.“ Der Spruch erfüllte sich gar bald, als nämlich eines Tages eine hohe Staatsanwaltschaft dem frommen Manne hinter die schwarz wallenden Rockhöhe leuchtete und feststellte, daß der Wandel

Alkoholschmuggel.

In den Küstengewässern der Nordsee lebt alte Piratenromantik neu auf. Zwar sind es nicht mehr Vitalienbrüder und ähnliche ehrenwerte Gilden einer längst verjunkteten Vergangenheit, die hier ihre wilden Raubfahrten unternehmen, nein, was sich heute in den schwedischen, finnischen und norwegischen Gewässern mehr oder minder heimlich vollzieht, sind zumeist Seelente, die dem dunklen Gewerbe des Spirituumschmuggels nachgehen. Seitdem nach amerikanischen Mustern die skandinavischen Länder mehr oder weniger „trodengelegt“ sind, halten dort Händler und andere Interessenten eifrig Umschau nach ausländischem Ertrag des in der Heimat durch Landesgesetz geächteten scharfen Tropfens. Man spannt seine Netze nach Deutschland herüber, und gar bald begann auch bei uns dieser und jener Seefahrtskundige die Situation zu erfassen. Viel Geld lockt, wenn man eine Menge Fässer und Flaschen in seinem bieder ausschauenden Fischerkutter verladen, durch die Zollgrenze schmuggeln und drüben dem schon verlangend leewärts schielenden Empfänger froh aufatmend auszuhandigen verstand.

Die Blüte des Alkoholschmuggels in den nordischen Gewässern letzte gegen Mitte des Vorjahres ein. Transportschiffe nach Skandinavien haben hier und da zwischen Riffen und Riffen mit allerlei harmlosen und nützlichen Gebrauchsgegenständen noch Ladungen von Spirituosen flug verdeckt. Zumeist aber sind es Fischerfahrzeuge, die aus deutschen Heimatshäfen kommen und ihre verpackte Kontorbande an den Mann zu bringen suchen. Am besten ist es, wenn es gelingt, die Ladungen als Mineralöl oder eine ähnliche Flüssigkeit zu deklarieren und dadurch von vornherein gegen das berufliche Mißtrauen der Zollbehörden einigermassen gesichert zu machen. Freilich gelingt auch das nicht immer, und erst kürzlich wurde ein aus Hamburg stammendes Schmugglerschiff abgefaßt, das mit 200 000 Liter Spirit im Kronhjelm-Gebiet ankam und schon einige erfolgreiche Schmuggelfahrten hinter sich hatte. In einem anderen Falle wurden 36 000 Liter vierundneunzigprozentigen Sprits behördlich „entdeckt“, die einen Wert von nicht weniger als 145 000 Mark repräsentierten.

Ungeachtet der in den „troden“ gelegten Vändern drohenden schweren Strafen, wie Gefängnishaft, Geldbuße, Schiffskonfiskation usw. ist der Alkoholschmuggel ein Gewerbe, das man nur sehr vorsichtig betreiben kann. So kommt es, daß die Schmugglerschiffe zuweilen in nicht ganz ungefährlichen Gewässern herum-schweifeln und dabei auch Unfälle gelegentlich nicht ausbleiben. So hatte vor beinahe Jahresfrist der Altonaer Fischdampfer „Kintewärder“, der in Hamburg 34 000 Liter Spirit und 24

Riffen sonstige Spirituosen aufgenommen hatte, um sie nach Finnland zu schmuggeln, das Pech, infolge unglücklicher Zufälle zu stranden und mit seinem ganzen „Reisigen“ Inhalte verloren zu gehen. Das Hamburger Seeamt hat in dem erst kürzlich verhandelten Prozeß gegen die Führer des gelandeten Schiffes den Unfall dadurch erklärt, daß das Personal nur für Fischfangfahrten, aber nicht für Schmuggelfahrten ausgebildet gewesen sei. Zu allem Unglück war die jetzt auf dem Meeresgrunde liegende teure Spritladung auch noch nicht einmal versichert.

Bisher schon das Umherirren der Schmugglerschiffe in weniger zuversichtlichen Gegenden eine Gefahr für Schiff und Ladung, so wird die Sache erst ganz brenzlich, wenn Sturm und Wetter die Schiffer zu einer Notlandung im nächst erreichbaren Hafen zwingen, zumal wenn dieser Hafen in einem „trodengelegten“ Lande liegt. In der Regel kommt der Kapitän dann vom Regen in die Traufe. Die Gerichts- und Polizeibehörden pflegen in diesen Dingen nicht lange zu fadeln. Sehr übel erging es z. B. Ende Januar dem Hamburger Motorschoner „Nordsee“, der mit 60 000 Liter Spirit an Bord im Hafen von Sundsvall landete, um seinen Proviant zu ergänzen. Die schwedische Zollbehörde kam hinter die verbotene Ladung und beschlagnahmte das Schiff. Das zuständige Gericht bestätigte die Beschlagnahme und verurteilte dazu noch den Kapitän zu einer empfindlichen Strafe. Natürlich pervertieren die Interessentenvertretungen der deutschen Hochseefischerei die Schmuggelfahrten deutscher Schiffe auf das entschiedenste, aber mit guten Ermahnungen ist hier wenig gebient, wenn die Aussicht winkt, durch den Schmuggel einen schönen Baken Geld zu verdienen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn nach einer Statistik in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres allein von Kiel aus 143 fahrerzeuge Alkohol nach den nordischen Ländern mit mehr oder weniger Erfolg geschmuggelt haben.

In letzter Zeit begnügt man sich drüben keineswegs mehr mit der bloßen Hafenkontrolle, sondern veranstaltet auch an den Küsten Jagden auf Spirituumschmuggler. Zollpöte patrouillieren in den durch die Alkoholinvasion heimgefuhrten Gewässern, halten Umschau in den Häfen, den Buchten, in dem so manchen günstigen Schlußwinkel bietenden Schären-Labyrinth, sie beleuchten das Wasser und sehen sich die fremden Gäste sehr genau an, d. h. wenn sie ihrer ansichtig und habhaft werden. Die schwedische Regierung hat in letzter Zeit 60 Zollboote für solche Jagd-zwecke ausgerüstet. Die neuzeitliche Romantik, die das Schmuggelwesen für den neutralen Beobachter hat, gewinnt freilich für die Schmuggler selbst oft einen üblen Beigeschmack. Nicht selten wird das verpackte Gut entdeckt und ohne viel Federlesens und Beerdigungszeremonien an einsamer Meeresstelle versenkt. Wie-

vielen Zeitgenossen, die einen „guten Tropfen“ lieben, wird nicht wehmütig ums Herz, wenn sie hören müssen, daß an diesem und jenem Tage wieder soundsoviel Flaschen guten Cognats oder ähnlicher kostbarer Flüssigkeiten auf den Meeresboden gebettet wurden, und daß es ausgeschlossen sei, diese neuzeitlichen Schätze des Meeres jemals zu heben! J. R.

Die tödliche Krankheit.

Unter den Krankheiten, die den Menschen plötzlich aus voller Gesundheit heraus in schwere Lebensgefahr bringen können, spielt die Blinddarmentzündung für jeden erfahrenen Arzt eine herühmte Rolle. Der Blinddarm, beim pflanzen-fressenden Tier ein bedeutender, wohl ausgebildeter Darmteil mit röhrenförmigen Funktionen, ist beim Menschen zu einem kaum finger-langen, dünnen Anhängel des Darms zurückgebildet. Er hat keinerlei wesentliche Aufgaben mehr zu erfüllen, ist aber dafür durch seine Form besonders dazu disponiert, kleine verschluckte Fremdkörper, Bakterien oder Darmteufeln, in sich zurückzufalten, die nun wie ein Splitter im Fleisch eine Entzündung und Eiterung hervorrufen. Hierdurch entstehen im Anfang oft nur unbedeutende oder gar keine Schmerzen, bis die Entzündung auch die äußere Wand des Darmes angreift. Dann kommt es zu dem bekannten plötzlichen Schmerzfall in der rechten Bauchseite, und nur gar zu oft überzügen sich nun die Ereignisse.

Die von der Entzündung durchgegriffene Darmwand reißt ein, der im Blinddarm gebildete Eiter ergießt sich in die Bauchhöhle, der Durchbruch und die Bauchfellentzündung sind da. Oft gelingt es, durch schnelle Operation den Darm noch vor dem Durchbruch zu fassen. Verhältnismäßig gut ist es noch, wenn man wenige Stunden nach dem Durchbruch die Operation ausführen kann. Immer aber ist der Durchbruch eine schwere Komplikation, denn die Bauchhöhle ist für Eiterinfektion sehr empfänglich. Greift die Eiterung in der Bauchhöhle um sich, so bedeutet das schwerste Lebensgefahr für den Kranken.

Glücklicherweise gelingt es oft, dies zu verhindern. Die Abwehrkräfte des Körpers vernichten dann die in die Bauchhöhle gelangten Krankheitskeime, ehe diese durch ihre Gifte den Körper zerstören können, der Eiter verschwindet entweder oder er ballt sich zu einem Abszess zusammen, der dann durch eine kleine Operation entleert werden kann. Damit ist dann das Leben des Kranken gerettet. Man sieht, die rechtzeitige Operation ist eine lebensrettende Notwendigkeit, die an das diagnostische Können und die Entschlußfähigkeit des Arztes die größten Anforderungen stellt, um dem Kranken Leben und Gesundheit zu erhalten.

Dr. F. Scheriner.

des waderen Oberhirten seinem offiziellen Redefuß so gar nicht entsprach. Die Mütter führten dem Gottesstreiter ihre Söhne zu, auf daß er sie zu keuschen Heiden weise. Alles freute sich, weil er gar so lieblich mit ihnen umging. Eines Tages rauhst es jedoch in den schwarz-weiß-roten Mänteln Mitteldeutschlands, als der Bisthof einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, der Kitzmeister a. D. Forstner von Forstner wegen einer Anzahl Delikte gegen § 175 des Strafgesetzbuches eingekerkert wurde. Das nahm man schließlich noch hin. Wie barmherzig aber die Gläubigen, als sich herausstellte, daß der Oberhirte Knoblauch gleichfalls in die hohe Sache hineingezogen wurde, da er sich unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung als Geistlicher an Kindern vergangen hatte. Man brauchte über die Verirrungen des Mannes keine Sorge zu verlieren, wenn es sich nicht um einen jener Heuchler gehandelt hätte, die teilsweise von schwarz-weiß-roten Neben nur so überfließen, bei jedem reaktionären Rummel sich beteiligen, überall für den Staat in und verwandte Organisationen prächtig Feldpredigten hielt und öffentlich bezug im Privatgespräch sich verächtlich über die Leute ausließ, die den Mächten des § 175 nicht entgingen. Die Staatsanwaltschaft ließ Knoblauch zunächst auf freiem Fuß. Planmäßig vorbereitete seine ehemaligen Freunde das Gerücht, daß er sich erschossen habe. Der Wunsch war der Vater des Gedankens. Da der Termin seines Freundes v. Forstner näher rückte und das Beweismaterial unheimlich anschwellen konnte die Staatsanwaltschaft unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihn nicht länger laufen lassen. Sie verhaftete ihn, nachdem das Konsistorium ihm die Ausübung des Predigtamtes untersagt hatte. Der Bisthof Kitzmeister ist inzwischen in Halle in 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Gottesmann bereitet sich in Anstaltsgefängnis jetzt gleichfalls auf Nechtschaffen vor.

Wir brauchen diesem lieblichen Bild über den schwarz-weiß-roten Stahlhelmlieger und den Herrn Feldprediger nichts mehr hinzuzufügen. Es ist kein Wunder, daß beide ausgerechnet die Zeiten der Monarchie als die ihnen mehr zugehenden mit Herz und Mund gepriesen haben. „Gott Heil!“

Das Zerstörungsfener in Tokio.

Eine weitere Kabelmeldung aus Neu-York spricht von 1800 Personen, die dem Brand zum Opfer gefallen sein sollen. Es handelt sich hier offenbar um eine der bestechen Neuporters Entlassungsmeldungen, die an Heberwerbungen ängstlichen Japans. Große Brände sind in Tokio wie in allen japanischen Städten nichts Seltenes. Jedes Haus wird in den nichteuropäischen Vierteln gewöhnlich nur von einer Familie bewohnt, besteht meist nur aus einem Erdgeschloß, das sich aus mit Papier bespannten Holzrahmen ganz leichter Konstruktion zusammensetzt. Sobald in einem solchen Hause Feuer entzündet, ist es natürlich auch um seine Umgebung gefahren. Die leichten Papier- und Holzverbände sind im Augenblick in Flammen aufgegangen, und die Eindringung eines Sturmes ist das Wert einiger Stunden. Fast ebenso schnell ist nach den Luftdruckarbeiten das ganze Viertel dann allerdings auch wieder aufgebaut. Der Bau eines Hauses kann in einigen Tagen vollendet sein, und die Kosten halten sich auch nur in sehr mäßigen Grenzen. Sie sind auf keinen Fall mit den Neubauskosten eines einfachen europäischen Wohnhauses auch nur im entferntesten zu vergleichen. Aus diesem Grunde dürfen Großbrände in japanischen Städten nicht als so katastrophal gemeldet werden, wie in europäischen Wohnzentren.

Ein unzeitwilliger Höhlenbewohner.

Der „Corriere della Sera“ schreibt: In der Nähe von Wina hatte während des Krieges die russische Militärverwaltung ein großes Depot von Lebensmitteln eingerichtet, das, als im Jahre 1916 die russischen Truppen ihren Rückzug begannen, durch Feuer zerstört und durch Minen gesprengt wurde, damit die Vorräte nicht in die Hände der Deutschen fielen. Während der Zerstörung des Depots fiel ein russischer Soldat der Gemüter in einen Keller, ohne daß es bemerkt wurde. Da das gegenwärtige polnische Kommando kürzlich entschied, daß auf jene Grundstücke ein neues Gebäude errichtet werden soll, wurden die Keller von den Trümmern befreit, und zum allgemeinen Gebrauch tauglich. Endeckte man in einem Gefäß, in dem kaum ein Schimmer von Licht drang, einen Menschen, der dort seit acht Jahren lebte. Man kann sich nicht vorstellen, in welchem Zustande der Unglückliche sich befand. Er war völlig von Haaren bedeckt, seine Augen hatten die Schärfe verloren, seine Kleider hingen in Fetzen um ihm, jedoch er mehr einem wilden Tiere als einem Menschen glich. Sein Gedächtnis hatte ihn vollkommen verlassen. Seit acht Jahren hatte er sich von den Konserven ernährt, die in dem Keller verblieben waren, den er nicht verlassen konnte, da die Trümmer der Explosion ihn fast zugebeugt hatten. Als der Mann aus seinem Grabe herausgeholt und von den Arbeitern ins Freie verbracht wurde, stellte sich heraus, daß er Luft und Licht nicht mehr vertragen konnte. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach drei Tagen starb. Die polnische Regierung ließ ihn mit militärischen Ehren begraben.

Die Wölfeplage in Rußland. In Sowjetrußland haben die Überfälle von Wölfen auf Pferde und Rindvieh derzeit zugenommen, daß das russische Landwirtschaftsministerium beschloß, ein organisiertes Heidejagd gegen die Wölfe zu unternehmen. Umfängliche Statistiken belegen, daß die Wölfe in den letzten Wochen 52 681 Pferde, 3 753 Kühe und 5 070 anderes Vieh vernichtet haben. Man beabsichtigt, militärische Abteilungen in Anspruch zu nehmen, die mit Strömung den Kampf gegen die Wölfe aufnehmen sollen.

Der Sprung ins Meer, drei nach Sappho, scheint in Neapel epidemisch zu werden. Nachdem erst neulich eine junge Pariserin von einem Felsen in die Blüten gesprungen war, ist dieser Tage, laut dem E. L., eine neapolitanische Dame dasselbe. Eine elegant gekleidete Schöne kam am Molo Federico vorzufahren, legte Handgelenke und Fuß ab, ließ ihre Haare auf und stürzte sich in die Brandung. Nur mühsam gelang es herbeigeeilten Helfern, die Selbstmörderin zu retten. Ihr Zustand ist so ernst, daß sie ins Spital gebracht werden mußte. Dort stellte sich heraus, daß es sich um die Geliebte des sehr berühmten Operettenkomponisten Hector Belline handelt, die von ihrem Freunde verlassen war und in ihrer Verzweiflung den Tod suchte. Als der Komponist von der Tat hörte, begab er sich eilends ins Spital aus Leidenschaft der Geliebten, die, wie Michelangelo, einer Fe-

milie Guonarotti entkammt. Es erfolgte die Versöhnung, die vermutlich mit der Heirat endet wird.

Der Schlaumeier. Rom Schlußzeit im Esch erzählt „La Repubblica“ die folgende Geschichte: Ein Streikposten-Abbe verbrachte in Colmar einer vierköpfigen Gruppe von Jungens mit Schulanzug Schokolade, wenn sie ihm ins Vereinshaus folgen würden. Die Kinder ließen sich selbstverständlich nicht lange bitten, denn zwischen Schule und Schokolade war die Wahl nicht schwer. Als unsere vier Helden das ihnen gestiftete Quantum Schokolade verzehrt hatten und der Herr Abbe keine Miene machte, eine weitere Auflage folgen zu lassen, meldete sich einer derselben. „Der ich jetzt geh?“ — „Borum denn, mein Vetter?“ fragt der außergewöhnlich freundliche Abbe, dessen Gesicht jedoch nicht gerade intelligent aussieht, als er folgende Antwort hört: „Ich bin nämlich à la mode.“

Kauft Wahlfondsmarken!

Quer durch Sowjet-Rußland.

Im Auftrage des Leipziger Weltwirtschafts-Instituts sprach dort kürzlich der Professor Ost aus Hannover über seine Eindrücke in Sowjet-Rußland. Er bezeichnete die russische Frage als das europäische, vor allem aber das deutsche Kardinalproblem, und führte weiterhin etwa aus:

In Kürze wird Europa wirtschaftlich auf sich selbst gestellt und gezwungen sein, sich aus Rußland mit Lebensmitteln, hauptsächlich Getreide, zu versorgen. Für das überbevölkerte Deutschland kommt in Betracht, daß es auf der Erde keinen außer Südrußland gibt, in dem deutsche Menschen als Siedler gern aufgenommen werden. Es leben bereits eine halbe Million Deutsche in Südrußland, und es gibt im Verlande der Sowjet-Republik auch schon einen Kolonialdeutschen Staat. Alles das drängt uns eine intensive Beschäftigung mit dem russischen Problem auf. Das darf aber nicht oberflächlich geschehen. Die meisten Leute, die in Rußland waren und über den Bolschewismus reden zu können glauben, kennen die heutigen Zustände lediglich in Moskau. Wer aber nach Moskau kommt, merkt vom Sowjetismus so gut wie gar nichts. Die Regierung versteht es außerordentlich geschickt, Moskau als glänzende Visitenkarte des Sowjet-Staates zu präsentieren. Es ist jetzt eine elegante Stadt mit vorzüglichen Dienstleistungen, vielen sehr gut gebildeten Menschen und reichen Geschäftsanlagen. Dieser täuschende Glanz ist aber nur in der Hauptstadt und sonst nirgends mehr in Rußland zu finden. Wenn man die heutigen Zustände in dem riesigen Lande begreifen will, muß man den russischen Menschen kennen. Dieser ist voll der tiefsten Religiosität. Daraus ist auch die meißensähnliche Verehrung Lenins zu erklären. Der Leninist ist dem katholischen Marienkultus durchaus an die Seite zu stellen. Diese Religiosität hat seine Wurzel in den christlichen Verhältnissen, die durch die Eigenart der russischen Landschaft bedingt sind. Die fast eine Million Quadratkilometer (Deutschland und Frankreich zusammen) großen ungeheuren Waldgebiete im Norden Rußlands lassen die Menschen im Kampfe mit dieser überwindlich erscheinenden Natur als ein Nichts erscheinen. Die Ströme, an dessen Ufern sich wenige Städte mit unzähligen Kirchen ausbreiten, sind der einzige Weg aus dem allgewaltigen Waldlabyrinth. Der harte Kampf ums Dasein läßt die Menschen ihren Blick auf ein erträumtes jenseitiges Leben richten. Bezeichnend für diese Ideologie ist auch der Name der Stadt Archangel — Erzengel. In Südrußland ist es wieder die ungeheure Steppe, deren Wirkung auf die Menschen das religiöse Gefühl steigert. Durch diese Umwelt ist der Russe ein kollektiver Mensch, der keinen eigenen Willen hat. Mit diesen Menschen kann man eine Politik machen, wie man will! Deshalb gilt vorläufig nach wie vor der Satz: Was in Rußland möglich ist, ist in Deutschland unmöglich.

Rußland bietet selbstverständlich allein durch seine Waldgebiete unerschöpfliche wirtschaftliche Möglichkeiten. Bereits jetzt liegt die Schuld an der ökonomischen Krise nicht bei der Produktion, sondern beim Absatz. Ungeheure Mengen der sonst überall so begehrten Manganzinn liegen an Häfen von Nikolajew und eine ganze Jahresproduktion Naphtha befindet sich in Kantassen auf Lager, weil Rußlands Produkte bedeutend teurer sind, als man sie auf dem Weltmarkt handelt. Das hat seine Hauptursache in der unökonomischen Überzentralisation des Handels und aller Produktionszweige in Moskau. So ist Petersburg eine trübselige Provinz, ja Ruinenstadt geworden; in Kiew rauchen nur wenige Schornsteine, die hier früher blühende Juckerindustrie wurde fast vernichtet, und jeder dritte Einwohner ist arbeitslos. Odessa, durch weiße Banden zum größten Teile zerstört, steht in seinem früher belebten großen Hafen fast ohne Schiffe mehr ein- und auslaufend, und höchstens im Ruhrrevier Rußlands, in Donezgebiet, herrscht regere Tätigkeit.

Hier glaubte Professor Ost nur bestimmt, den Bolschewismus als Massenbewegung anzutreffen. Doch mußte er feststellen, daß zum Beispiel von einer Belegschaft von 10 000 Mann nur 300 bis 400 Kommunisten waren und daß alle anderen als „parteilos“ bezeichnet wurden. Das ganze durch den Moskauer Zentralismus nicht einmal beherrschbare wirtschaftliche Land habe bereits eine starke Los-von-Moskau-Bewegung ausgelöst. Dem ist die Regierung mit totalitären Autokratien u. a. an die Tataren und Türken entgegengetreten. Auch Trotski hat gegen das wirtschaftliche Krebsübel der überzentralisierten Außenhandelskontrolle opponiert, doch haben zum ureigensten Schaden Rußlands, die Panatiker vom Schlaue Bukharins vorläufig gesiegt. Das Sowjetregime könne sich auf unabsehbare Zeit halten, da der Bauer wie während der Jarezzeit alles aufgebürdet bekäme. Die ungenügenden Befehle von Moskau müssen überall bedingungslos durchgeführt werden, deshalb werden auch alle Nichtkommunisten so emsrig unter der unvertretlichen geistigen Unfreiheit, die noch durch das räuberische Wüten der Tscheka vergrößert werde.

Einen wirtschaftlichen und politischen Aktivismus von unermesslichem Werte stelle für Rußland ohne Zweifel die Messe von Nijni-Novgorod dar. Als sie Professor Ost 1924 besuchte, fand sie unter völligem Ausschluß Europas statt. Dafür waren aber zahllose Vertreter sämtlicher asiatischer Völker erschienen. Die Russen lachten jedem oft genug laut und deutlich: „Alle Wurzeln jeder Gattung, die hier aufgestapelt sind, haben wir, die

Bolschewisten, in Rußland selbst hergestellt. Das sind die Früchte unseres Systems; schließt euch an, damit ihr aller Vorteile des Sowjet-Staates auch teilhaftig werdet!“ Diese Worte und der geschickte inszenierte Ansehungsunterricht haben auf alle Besucher der Messe einen ungeheuren Einfluß ausgeübt. Die Sympathien fast aller Völker gehören deshalb Sowjet-Rußland, mit dieser Tatsache muß man rechnen. Karachan in Peking sei heute schon der wahre Herrscher in China!

So viele politische und wirtschaftliche Gegenstände auch zwischen Japan und Rußland bestehen, so dränge doch Japan zu diesem Block ganz Asiens, der sich früher oder später auch einmal gegen das Angellschiffment wenden könnte.

Deutschlands Faszination.

Wer dachte nicht sofort an „Mit-Heidelberg du meine?“ Dort, im Keller des Heidelberger Schlosses, wird das bekannte große Weinsäß aufbewahrt. Wein befindet sich — leider — nicht mehr darin. Das unter Kurfürst Karl Ludwig erbaute, mit dem kurfürstlichen Wappen und reichlichem Schnitzwerk versehene Faß hat eine solche Höhe, daß ein Mann mit einem Spiege darin bequem stehen kann. Es faßt 236 Fuder (236 000 Flaschen). Eine Treppe von 50 Stufen führt hinauf auf das Faß, auf dem oben ein Altar mit Geländer angebracht ist, auf dem 6 Paare bequem sitzen können. 24 eiserne Ketten halten den Koloß zusammen. Daneben steht das in Holz geschnitzte Standbild Verleas, des Hofnarren des Kurfürsten Karl Philipp.

Bei der Zerstörung des Heidelberger Schlosses durch die Franzosen Ende des 17. Jahrhunderts wurde auch das große Faß teilweise zerstört. Zur Wiederherstellung benötigte man zwei neue Böden von je 62 Schuh im Umkreis und 15 Dauben von je 30 Schuh in der Länge. Später ließ Kurfürst Karl Theodor noch ein zweites großes Faß (aber doch kleiner, als das erste) bauen, das ebenfalls noch vorhanden ist.

Ein ebenerdiges Seitenfaß zum Heidelberger Faß befindet sich in der Bergseite Königstein bei Dresden. Dieses mißt 16 Ellen in der Länge und 11 Ellen in der Höhe. 132 eiserne Ketten umspannen diesen Riesen, der über 276 Fuder in seinem Faß aufnehmen kann.

In der Abtei Salmansweiler befand sich ein Faß von solchem Umfang, daß durch sein Spundloch ein Mönch hineingefallen und darin ertrunken sein soll. Hatte der weinlüsterne Mönch wohl den edlen Trank probieren wollen? Das große Tübinger Faß, das im Jahre 1548 gebaut wurde, war 24 Schuh lang und 16 Schuh hoch. Das Faß zu Grünningen im Halberstädtischen, hatte, gefüllt, ein Gewicht von 3448 Zentnern und hatte 8000 Reichstaler zu bauen gekostet. Auch im Keller des Schlosses Würzburg, sowie im Schloßkeller zu Wschaffenburg liegen einige Weinsäer von respektablem Umfang.

In neuerer Zeit hat ein rheinischer Weinindustrieller, Dr. Wilhelm, in seinem Keller in Hattenbach einen Faßkeller aufstellen lassen, der denen von Heidelberg und Königstein allerdings nachsteht. Dieses Faß kann 64 000 Flaschen in seinem Faß aufnehmen.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübener Volksboten“ zu beziehen.)

Kaspar Hauser. Der Findling von Nürnberg / ein badiischer Thronerbe? Lebensgeschichte Kaspar Hausers nach geschriebenen und gedruckten Quellen dargestellt von Georg Gärtner. 124 Seiten mit 12 Illustrationen. Preis geb. 2,50 M. Der Schatten Kaspar Hausers, des geheimnisvollen Findlings von Nürnberg, der am zweiten Pfingsttag 1828 erpöcklich auftauchte, dessen rätselhaftes Schicksal und Ende durch einen unbekannten Mordmörder ganz Europa in Bewegung setzte, kann nimmer zur Ruhe kommen. Immer wieder entsteigt er seinem einsamen Grabe auf dem Friedhofe zu Unsbach, um die Menschen an ein ungehörtes Verbrechen zu mahnen und ein Heer von Fiebern in Bewegung zu setzen, die, wie zu Lebzeiten Hausers und nach seinem Fall durch Vordröhnd, ein Meer von Tinte für und wider verprühen. In dem vorliegenden Buch ist das Lebensbild des Findlings und die Geschichte seiner Vereinerlichung, wie sie von den Anhängern der badiischen Theorie auf Grund des unfaßlichen, sehr zertrümmerten Materials behauptet wird, zusammenfassend dargestellt, ohne zu dem Problem selbst, das wahrscheinlich überhaupt niemals zu lösen sein wird, Stellung zu nehmen. Das Buch ist kein Roman, sondern bringt nichts als die nackten Tatsachen, liegt sich aber trotzdem wie ein spannender Roman, der zu allem noch den Vorzug hat, daß er sich streng an die grausame Wirklichkeit hält. Zu beziehen durch den Verlag: Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg, Breite Gasse 25/27.

Geschäftliches.

Geschäftsübernahme. Der langjährige Geschäftsführer Herr Doll hat das seit langen Jahren als Generaldirektor geführte Rigartengeschäft von Riemer, Breite Str. 63, auf eigene Rechnung übernommen. Durch unglückliche Witterung hat die Riemer-Rigartengeschäfte zu guten Witterung am blühenden Plage gerettet.

Juwelen-Ornamente
für Gesellschaft, Straße und Sport
Gute Qualitäten — Mäßige Preise

Vigilla & so. Lüfmann
Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung
(4238)

Essex
Bräuer
Kocher
nie ohne

Homann's
»FRIHO-DI«

mit
Rahm
wie
Butter

FEINSTE SÜSSRAHM **FRITZ HOMANN-DISSEN** **MARGARINE**

Generalvertrieb: Johannes Heinrich Martens & Co., Lübeck, Fischer 21, Fernsprecher 000/01.

4229

Gut — reell — billig
Konfektion
und Aussteuer
Schuhwaren

Eleg. Konfirmandenanzüge
 24.50 27.50 32.00
 Eleg. Mäntel f. Konfirmandinnen
 Donegal 14.50 Covercoat 16.—
 Tuch 26.—
 Eleg. Konfirmandenkleider
 10.50 12.75 16.50 22.50
 Eleg. Konfirmanden-Kleiderstoffe
 in schwarz, weiß und farbig
 reizende Neuheiten
 Konfirmandenstiefel 8.50
 10.50

Neelle Herren-Konfektion:
 Hosen in Buchlein 3.—, 4.45, Bilrot
 5.35, Breches 6.25, 8.80, Manches-
 ter 10.30, 11.50, gestreifte 5.30, 7.10,
 Knaben-Anzüge 8.80, 10.60, elegante
 Herren-Anzüge 30.—, 35.—, 43.—,
 Manchester-Joppen 19.50, 26.50,
 Manchester-Anzüge 39.—, 48.—,
 Lodenjoppen 9.50, 16.50, 19.50,
 Gummimäntel für Herren 18.95,
 24.—, 29.50, blaue Jacken u. Hosen
 2.95, Hüte, Mützen, Unterzeuge,
 Mäntel usw.

Starke Schuhwaren:
 Eleg. Herrenstiefel 8.75, 9.25, eleg.
 Damen-Halbschuhe 7.50, 9.25, Ar-
 beitsstiefel 7.75, 9.25, Schafstiefel
 14.75, 16.50, Sportstiefel 14.75, 16.50,
 Ledersamaschen 9.25, Kinderstiefel,
 alle Größen, Filz, Leders, Kork-
 pantoffel usw.

Schöne Damenkonfektion:
 Eleg. Wintermäntel 6.50 8.75 15.—
 Kleiderröcke 3.50 4.50, Gummim-
 äntel 28.—, Rollküme farbig 12.—
 17.—, blau 25.—, Strickjacken 12.—
 in Jumper 7.50 usw. usw.
 Eleg. Sommermäntel 14.50, 16.50
 18.— in Covercoat und Donegal,
 reizende Neuheiten

Schöne Kleiderstoffe:
 Daustleiderstoffe 1.20, Blumenstoffe
 0.75, Schottén 1.35, Cheviots 1.75,
 Reinen 1.75, Jalet 2.00, Gardinen
 0.75, Vique 1.10 (4276)
 Bett-, Tisch- und Leibwäsche usw.

Starke Baumwollwaren

Ehlers & Reetwisch
 Holtenstr. 1 St. Betri 2 u. 4

Kinderwagen

Große Auswahl! **Teitzahlung!** Niedrige Preise!
 Schneekäfer mit und ohne Gummi
 Verbede werden neu bezogen und ff. ausgeschlagen.
B. Ehlers, Biedergrube 45 Sing. Schuhrep. Werkstätt. (4288)

Billige Preise

Oberhemden mit 2 Kragen 8.50 6.95 5.95
 Einfahhemden, pr. Qualität 4.50 3.75 2.85
 Herren-Socken, imit. u. gestr. 1.35 1.00 70 g
Damen-Strümpfe,
 schwarz und farbig in großer Auswahl.
 Baumwolle Maio Seidenfloss
 v. 48 g an v. 1.10 an v. 1.35 an
 Damen-Gemden 3.50 2.45 1.70
 Damen-Schlupfhosen 2.10 1.50 1.35
 Damen-Schürzen, hübsche Macharten
 von 98 g an

Max Oelze
 Fünfhausen 1 Meierstr. 25

III III III
„LANDE“
 III III III
Zigaretten
 III III III
haben die Führung
 III III III
Güte!
 III III III

4266 **Fabriklager für westl. Mecklenburg, östlich. Holstein und Lübeck:**
Emanuel Wilke, Lübeck, Biedergrube 58. Fernspr. 8292

Pa. frisch, fettes Rindfleisch per Pfd. 0.45
 Pa. Rostl. u. Beerst. I. — Pa. fr. Gehacktes . . 0.50
 fr. Kalbfleisch . . 0.45 Gulasch . . . 0.50
 Bratenst. u. Keul. 0.60 „ Schweinefl. 0.90
Pa. frische Karbonade per Pfund 1.00
 Pa. ger. Schweinebacken ohne Knoch. p. Pfd. 1.—
 „ ger. hief. fett. u. mag. Speck u. Schinkenp. 1.80
 „ ganz vorzügl. Blut- u. Leberwurst p. Pfd. 1.00
ff. verschiedener Aufschnitt per Pfd. 1.40
 Pa. feinste Knackwurst per Pfund 0.80
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16
 Fernspr. 1874. (4274)

Erklärung
 Herr Burmeister sagte in seiner
 „Gegenerklärung“, daß er seine Aus-
 führungen aufrecht erhält. Ich wieder-
 hole, daß an seinen Beschuldigungen
 kein wahres Wort ist. Die Klage ist
 meinerseits bereits eingereicht.
Paul Jhde
 i. Fa. Vossch's Eisen- und Kohlenhandel
 G. m. b. H. (4250)

Bücherlotterie
 zum Besten der Deutschen
 Bucherei
Gewinn-Plan
 Bücher, Musikalien oder Kunstblätter
 1 Erster Hauptgewinn: im Werte von 3000 M.
 1 Zweiter 2000 M.
 1 Dritter 1000 M.
 5 Gewinne 500 M. 2500 M.
 20 200 M. 4000 M.
 50 100 M. 5000 M.
 100 50 M. 5000 M.
 200 20 M. 4000 M.
 500 10 M. 5000 M.
 5000 5 M. 25000 M.
 20000 3 M. 60000 M.
 25878 Gewinne 116500 M.
 Preis des Loses 1.50 Mf.
 Ziehung am 29. April 1925 und den folgenden
 Tagen in der Deutschen Bucherei
 Lose sind zu haben in der
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
 Johannisstraße 46

Billige
Schürzen
Damen-Schürzen
 prima Water, Kretonne . . 2.45 1.95 0.98
Damen-Schürzen
 prima Water, extra weit . . 4.95 3.95 2.95
Damen-Schürzen
 in Kretonne u. Satin 4.95 3.95 1.95 0.98
Mädchen-Schürzen
 nur gute Stoffe 1.75 1.35 0.95
Knaben-Schürzen
 in großer Auswahl 1.35 0.95 0.75
Weißer Zierschürzen
 f. Konfirm., ohne Träger 1.95 1.35 0.95
Weißer Zierschürzen
 Jumper- u. Wiener Form . 4.95 3.65 2.95

Strümpfe
Damen-Strümpfe Ia. baumwollene
 Qualitäten Paar 0.95 0.65 0.45
Damen-Strümpfe Ia. Makko, Dop-
 pelsohle, verst. Hochl. Paar 2.35 1.95 1.65
Damen-Strümpfe
 Ia. Seidenflor Paar 1.95 1.65 1.25
Frauen-Strümpfe
 deutsch lang Paar 2.85 1.35 0.85

Bei einem Einkauf von 4.— Mark an einen
Riesen-Zeppelin-Ballon gratis
Max Jaacks
 Breite Str. 33 Lübeck Breite Str. 38
 Manufaktur- u. Kurzwaren (4279)

H. Doppelfümmel
 Maiche 2.— 1.80
Tafe-Akquavit
 Maiche 2.—
Buntefümmel
 Maiche 2.10
Pfefferminz
 Maiche 2.50
H. Jambaja-Rum-B.
 40% Maiche 2.50
H. Batavia-Rum-B.
 40% Maiche 3.50
H. Weinbrand-B.
 Maiche 2.30
Edel-Sikore
 das neueste, feinste Süd-
 forth-Milch-Whisky
Mojeiwein
 o. St. Maiche 90 g
Kolwein
 o. St. Maiche 1.—
Tarragona
 o. St. Maiche 1.20
Portwein
 o. St. Maiche 1.25
Krankenwein
 o. St. Maiche 2.—
Obstsekt o. St. Maiche 1.20
Traubensekt
 o. St. Maiche nur 3.—
Thür. Apfelwein
 o. St. Maiche 50 g

Ernst Voss
 Große Burgstraße 59.

Der
„Stolz
 von
Lübeck“
 ist
Kaysers
Möbel-
Politur
 Gibt mühelos
 schönsten
Hochglanz!
 Ein Mißlingen
 ausgeschlossen
Ferd. Kayser
Breite Str. 81
 4244

Konjerven 2-Pfund-
 Dosen
 Ja. Schnittbohnen 95 g
 Ja. Bohnen 95 g
 Ja. Spinat 70 g
 Ja. Grünbohnen 60 g
 Ja. Kirschen 60 g
 Gemüserb. 55 g
 Junge Erbsen 70 g
 Karotten, geboh. 55 g
Blaisendmalz
 1-Pfd. 95 g
 Margarine 55 g
 Marmelade 38 g
 Zitr. 25 g
 Anisbonig 38 g
 2-Pfd. 1-Pfund
 von **Häuer & Co.** 45 g
 Backbunnen 33 g
 del. gr. geboh. 48 g
 fal. Hartohr 30 g
 Pfannk. 33 g
 Stiefel, geboh. 70 g
 Brotkrumen 100 g
Reiner Kakao
 1-Pfd. 60 g
 Saierkakao 100 g
 Reich. Puder 100 g
 Biscuitschokolade 88 g
 del. K. G. 20 g
 Vanille-Puddg. 70 g
 Rote Größe 10 B. 45 g
Friedr. Trosioner
 Mühlenstr. 87 Tel. 215

Fritz Reuters
 Ausgewählte Werte
 3 Bände Ganzleinen
 11.25 Mf.
 Buchhandlung
„Süd. Volksbote“
 Johannisstr. 46



ICH HAB'S

Urbin

UND NUR

Urbin

DEN GUTEN SCHUHPUTZ KAUFEN

UBERALL ERHÄLTICH

Fabrik Urban & Lemm, Charlottenburg
Vertreter Johs. Dunkelmann, Lübeck, Hansastraße 23
Telephon 3256

Felle und Haare

und kauft höchstzahlend

J. L. Würzburg
Wahmstr. 22a 3. 768.
Annahme von Fellen zum Gerben (4124)



Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Von Paul Kampffmeyer.
Preis: Brosch. 60 Pfg.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Einerebier

Jeden Freitag von 4-6 Uhr
4202) Brauerei Stamer Meierstraße 15 und
Bärenbergrstraße 19 b.

Aller Anfang ist schwer

aber die Mühe der Kleinen wird belohnt. Geben Sie Ihren Kindern reichlich von der neuen Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“, die wohlschmeckend, nahrhaft und leicht verdaulich ist und das Wachstum der Kinder fördert.
Preis 50 Pf. das Halbpfd. in der bekannten Packung



Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.

Stadthallen

Mühlenbrücke 13 - Lichtspiele Telephon 8749

Heute und folgende Tage:
Der Schlager der Woche:
Die beliebte Filmtragödie

Mia May

in ihrer erfolgreichen Schöpfung:
Liebesbriefe der Baronin von S.

Eine Ehetragödie aus der Aristokratie in 6 Akten.
In diesem Film gibt sie die herzerlösende Gestalt einer durch Liebe und Not schreitenden Frau in kaum zu übertreibender Art, durch treffliche Gegenspieler und effektvolle Regie wirksam unterstützt. (4278)

Außerdem das hervorragende Lustspiel
Wie erziehe ich meine Frau?

Ein Ratgeber für moderne Ehemänner u. andere Unglückliche.
5 Fragen, die in 6 Akten unbeantwortet bleiben:
1. Darf ein Ehemann von seiner Frau verlangen, daß sie mit seinen Geschäftsfreunden flirtet?
2. Darf eine Frau flirten, wenn sie glaubt, dadurch ihrem Manne geschäftlich zu nützen?
3. Ist eine hübsche Frau ein Aktivum oder ein Passivum?
4. Darf ein Mann versuchen, seine Frau zu versuchen?
5. Ist ein Ehekontrakt mit Quartalskündigung zulässig?

Aktuelle Wochenschau
u. a.
Die neueste Radio-Sensation
lerner:
Wer wird Deutschlands neuer Reichspräsident?

Anfang der Vorstellungen nachmitt. 5, abends 8 Uhr

Margarethen-Burg

Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr:
Großes Familien-Kränzchen
Eintritt und Tanz frei. (4287)
Zu dem jeden Sonnabend stattfindenden Kränzchen lade freundlichst ein.
H. Laudan, Margarethenstraße 9.
Gaststätte der Straßenbahn-Drägerwerk Linie 8 und 9.



Arbeiter-Rat - Bereich
Gottfried, Schmutz

Sonntag, 22. März 1925
Gr. Ball
i. Lokal z. weiß. Schwan (Böge). Anfang 8 Uhr
Ende 2 Uhr. Das Komitee

Volkshochschule

Sonnabend 8 1/4 Uhr
Katharineum
Museumsdirektor
Dr. C. G. Heise
Reiseeindrücke
a. d. Vereinigten Staaten v. Nord-
(4262) amerika
Karten 0.80 (f. Hörer der Volkshochsch.)
u. 1.00 am Eingang

Stadttheater Lübeck

Freitag, 7.80 Uhr:
Susannens Heimnis und
Schleier der Pierrette
Sonnabend, 7.80 Uhr:
Die Schneider von Schönau
Sonntag, 8 Uhr:
Mina von Barnheim (4280)
7.80 Uhr:
Der Vogelhändler
Montag, 7.80 Uhr:
Gespenster

Achtung!

Freitag und Sonnabend:
Marktballenstand 17-19
4277) durch günstigen Einkauf
Pfund Beber nur 50 Pfg.

Das Drehstuhl
und seine physikalischen Grundlagen

Mit 44 Abbildungen im Textteil und auf 7 Tafeln
Preis 1.80 RM.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Café Bernhardt

Morgen humoristischer
Familien-Abend
Leitung: Herr Hans Walter Siler
Anfang 8 Uhr abends.
Künstler-Konzert
Eintritt frei! (4293) Eintritt frei!
Eigene Konditorei
Bestellungen außer dem Hause werden
prompt ausgeführt. **J. H. Wiese**

Das Fahrrad

sein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Oberingenieur
G. A. Krumm u. R. Burger

Mit 110 Abbildungen und
einigen Tabellen

Preis 1.20 Mark

Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46

Luisenlust

Sonnabend, den 21. März:

Großer Preis-Lumpenball

vom Sparclub Burgtor
Gr. Ueberraschungen! Gr. Ueberraschungen!
Erstmal. Auftreten des Herrn Chantrell
mit Glocken und engl. Konzertina
Würfeltisch, Verlosung usw. Verstärktes Orchester
Anfang 8 Uhr. Ende 8 Uhr. (4292) Der Vorstand.

Rekord der Billigkeit

Ich bringe:

Konfirmanten-Anzüge aus guten Stoffen 29.50 24.50	18⁹⁰	Konfirmanten-Kleider reiz. Auswahl in Samt, Cheviot 35.00 22.00 8.75	5⁹⁵
Herren-Anzüge gute Verarbeitung 37.50 29.50	23⁵⁰	Solide Straßenkleider 12.75 8.25	6⁹⁵
Herren-Anzüge in hübsch. Dessins u. modernen Macharten, 58.00 48.00	39⁵⁰	Seidene Ball- u. Gesellschaftskleider 25.00 14.75	12⁷⁵
Regen-Mäntel solide Qualität 29.00 26.50	16⁵⁰	Kleider-Röcke in schön. Streif-Knopf-Garnituren 8.75 6.25 2.95	1⁹⁵
Knaben-Anzüge hübsche Machart 15.80 9.80	6⁹⁵	Tr.-Seidene Jumper und Kasaks 8.95 5.95	3⁹⁵
Arbeits-Hosen aus Pilot- und Zwirnstoffen 7.95 5.95	3⁹⁵	Tr.-Seidene Unterkleider 8.75 6.95	5⁹⁵
Kammgarn-Hosen hübsche Streifen 9.80 7.95	5⁹⁰	Solide Mäntel flotte Macharten 12.50 11.80	9⁷⁵
Einsatz-Hemden mit Kragen und Manschetten 3.95	3⁵⁰	Mäntel in modedarbigen Tuchstoffen, mit flotter Knopfgarnierung. . 29.00	24⁵⁰
Normal- und Barchent-Hemden 3.95 2.95	2⁶⁵	Gardinen hübsche Muster Meter 1.28 1.08	88⁹
Herren-Socken gute Qualität 98.5 78.5	58⁹	Gardinen abgepaßte Fenster, dreiteilig 8.50 5.95	4⁹⁵
		Stamine-Stores neue Muster 6.75 4.95	2⁹⁵

Beim Einkauf von 4.00 Mk. an eine tragende Ente, von 1 Mk. an ein Luftballon gratis

Kaufhaus des Ostens

Untere Huxstr. 110

das Haus der billigen Preise

Untere Huxstr. 110



Freier
Wassersport-Verein
Lübeck e.V.

Am Sonntag, dem 22. März 1925:

5. Stiftungsfest

im Gewerkschaftshaus

Eintritt:
Herren 60 Pfg. — Damen 40 Pfg.

— Anfang 6 Uhr —

Der Fest-Ausschuß 4284

Zentral-Hallen

Morgen Sonnabend:
Tanzkränzchen
Sonntag: Großer Ball (4285)

Jeden Sonntag:
Weißer Engel. Tanzkränzchen
Ball-Orchester! Dirigent: H. Rahtgen

Gas oben 19 Goldpf., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser oben 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (4284)